Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238. Donnerstag, den 10. Oktober 1918. 25. Jahrg.

Wilsons Antwort.

Wir haben gestern bereits den Inhalt der Antwortnote Wilsons auf das Friedens- und Waffenstillstandsangebot der Mittelmächte mitgeteilt. Heute liegt nun der genaue Wortlaut der Note vor. Trotzdem er sich im wesentlichen mit unsere gestrigen Mitteilung deckt, wollen wir doch zunächst die Note in ihrem Wortlaut wiedergeben. Die von dem Staatssekretär des Auswärtigen in den Vereinigten Staaten dem schweizerischen Geschäftsträger übergebene Note lautet:

Staatsdepartement vom 8. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen: Ehe er auf das Ersuchen der kaiserlich deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und geradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, oder daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlag eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden (associiert) ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion (the good faith of any discussion) würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht (constituted authorities of the empire), die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. Robert Lansing.

Das W. T. B. fügt der Bekanntgabe der Note hinzu:

„Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier in einem amtlichen Text noch nicht vor. Eine genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlußfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagssitzung vom 5. ds. Mts. gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache."

Die Antwort Wilsons, die erstaunlich schnell, zweifellos ohne Verständigung mit den übrigen Alliierten gegeben worden ist, öffnet die „Tür zum Vorzimmer des Friedens". Und wenn nicht alles trügt, ist damit auch der Weg zum Frieden ziemlich frei.

Es gibt Leute, die von der Antwort Wilsons überrascht sind. Hat denn wirklich jemand im Ernst geglaubt, daß Wilson ohne jede Bedingungen seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen bekunden würde? Man konnte, ja man mußte diese Bedingungen voraussehen und sie in den Kreis seiner Berechnungen stellen. Der wesentlichste Punkt ist die Forderung der Räumung der besetzten Gebiete. Gewiß ein schwieriger Punkt, über den man aber hinwegkommen kann und muß. Wilson sagt, er könne seinen Verbündeten keinen Waffenstillstand vorschlagen, solange das deutsche Heer auf ihrem Boden steht. Die Räumung der besetzten Gebiete läßt sich aber praktisch nur dann durchführen, wenn sie ohne feindliche Gegenwirkung vollzogen wird. Wilson kann unmöglich gemeint haben, die deutschen Truppen sollten die Räumung vollziehen, während von der anderen Seite mit Tanks, Granaten, Maschinengewehren gegen sie vorgegangen wird. Das hieße, die deutschen Truppen dazu auffordern, sie sollten sich angreifen lassen, auf jegliche Gegenwehr aber verzichten.

Würde man die Frage Wilsons und die in ihr enthaltene Forderung so auffassen, so hätte sie natürlich keinen Sinn. Tatsächlich kann der Waffenstillstand nicht erst beginnen, wenn die besetzten Gebiete geräumt worden sind, sondern in dem Augenblick, in dem mit der Räumung begonnen wird, muß naturgemäß die feindliche Einwirkung von der anderen Seite aufhören, also der Waffenstillstand beginnen. Die Frage Wilsons kann nur dahin aufgefaßt werden, ob Deutschland bereit sei, sofort mit dem Aufhören der feindlichen Einwirkung die Räumung der besetzten Gebiete zu beginnen.

Das ist eine Frage militärischer Natur, über die den militärischen Fachmännern das erste Gutachten zusteht. Man wird hier gewisse Garantien verlangen müssen. Aber noch einmal: Wir können uns nicht vorstellen, daß an dieser Frage die Verhandlungen scheitern könnten.

Die erste und letzte Frage kann eigentlich schon als beantwortet gelten. Sowohl die Reichskanzlerrede stellte sich auf den Boden der Wilsonschen Grundsätze, die in ihr als Verhandlungsgrundlage anerkannt wurde. Ferner ist aber noch vor wenigen Tagen von der „Nordd. Allgem. Ztg." erklärt worden, daß sowohl die Regierung wie die Mehrheit das **gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.** Wird Wilson das bekannt, dann dürften seine Bedenken hinsichtlich dieses Punktes schwinden.

Die letzte Frage Wilsons ist eine Frage der unheilvollen Hin- und Herpolitik, die bisher in Deutschland betrieben worden ist. Man traut der Sache noch nicht recht und will deshalb eine Bestätigung dafür haben, daß nun auch endgültig mit dem bisherigen halbabsolutistischen System in Deutschland aufgeräumt ist. Sowohl die Rede des Reichstagspräsidenten, als auch die ganze jetzige Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ist die Gewähr dafür, daß das **deutsche Volk hinter dem Reichskanzler steht,** daß es **für den Frieden der Verständigung** und für den **Völkerbund** eintritt.

Trotz der großen Schwierigkeiten, die sich noch auftürmen werden, möchten wir der Auffassung Raum geben, daß uns der Schritt der deutschen Regierung und die Antwortnote Wilsons doch dem Frieden ein wesentliches Stück näher bringen werden. Die Fäden zwischen Berlin und Washington sind geknüpft; daß sie nicht wieder zerreißen, sondern uns herausführen aus der finsteren Nacht des Krieges zum hellen, lichten Friedenstag, das ist der sehnlichste Herzenswunsch von Millionen und aber Millionen Menschen auf dem weiten Erdenrund!

*

Ein bedeutsames Wort.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu Wilsons Antwort: **Wir haben Grund zur Annahme, daß eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglicht wird.**

Ohne prophezeien zu wollen, müssen wir sagen, daß diesem Worte des offiziösen Organs auch der neuen deutschen Volksregierung die allergrößte Bedeutung zuzumessen sein dürfte.

Die Stunde der Entente-Sozialisten.

An der Beantwortung der deutschen Friedensnote durch die Gegner hängt jetzt das Schicksal der Welt. Eine ungeheure Verantwortung lastet nicht nur auf denen, welche diese Antwort in letzter Instanz formulieren und erteilen, sondern auch auf all den weiteren Kreisen, die durch ihre Willenskundgebung die Entscheidung der Antwortenden mit beeinflussen. Für die sozialistischen Parteien der im Ententebund gegen uns kriegführenden Länder ist jetzt die große Gelegenheit gekommen, die Größe und Macht ihres Friedenswillens zu erweisen und in eine welthistorische Entscheidung umzusetzen.

Die Sozialisten der gegnerischen Länder stehen vor einer klaren Situation. Der ernstliche, tiefe Friedenswille des deutschen Volkes und seiner jetzigen, auf demokratischer Grundlage zustandegekommenen Regierung kann ernsthaft nicht bestritten werden. Zunächst ein Wort über die in Deutschland vollzogene innere Wandlung. Genosse Longuet hat, wenn uns der Telegraph richtig unterrichtet hat, im „Populaire" bereits die Frage aufgeworfen, was denn Frankreich für ein Interesse daran habe, vor der Bedeutung unserer innerpolitischen Vorgänge krampfhaft die Augen zu verschließen. Der französische Chauvinismus hat ein solches Interesse gewiß, denn diese Entwicklung nimmt ihm eine zugkräftige Kriegsparole. Aber das ergibt schon, daß das Interesse der ehrlichen Verständigungsfreunde auf der entgegengesetzten Seite liegt.

Nun begreifen wir ein gewisses Maß von Skepsis bei den ausländischen Genossen ohne weiteres. Sie haben vielfach auf eine Parallelerscheinung zur russischen Revolution gerechnet, und sehen nun mit einiger Enttäuschung, daß in Deutschland die Entwicklung nicht den Weg der Revolution, sondern der Reform nimmt. Sie wollen nicht glauben, daß diese Reform bereits den entscheidenden Umschwung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands darstelle, deshalb möchten sie an ihrer Echtheit, Aufrichtigkeit und Dauerhaftigkeit zweifeln. Wären sie nicht nur unseren Stimmen, sondern auch denen neutraler Sozialisten, die die Dinge in Deutschland aus eigener Anschauung kannten, mehr nachgegangen als ihren liebgewordenen Illusionen, so würde jetzt ihr Erstaunen und Mißtrauen geringer sein. Wir und andere haben oft genug auseinandergesetzt, daß das deutsche Volk die Vorstellung einer Revolution als gleichbedeutend mit Selbstmord so lange ablehnen muß, wieder Druck einer Umklammerung durch vielfache feindliche Uebermacht anhält. Wollte es nicht mit der zu beseitigenden Herrschaft gleichzeitig den Staat selber in die Luft sprengen, so blieb während des Krieges ihm nur der Weg der Reform. Man wendet ein, daß eine Herrscherklasse wie die preußisch-deutsche nicht ohne materiellen Zwang zu beseitigen ist. Das ist richtig. Aber hat es hier wirklich an einem Zwang der Verhältnisse gefehlt? Drückt es einer inneren Umwandlung erst den Stempel auf, wenn die Herrschenden so borniert sind, in aussichtsloser Lage ihre Gewalt bis zum letzten zu verteidigen und nicht ohne vorherige Schießerei auf der Straße ihre Macht fahren zu lassen?!

Nein, die Wandlung der Machtverhältnisse im Innern Deutschlands ist ebenso wenig zu bestreiten wie der ernste Friedenswille der neuen Regierung. Die deutsche Note an Wilson zeigt das deutsche Volk in voller und aufrichtigster Friedensbereitschaft. Diese drückt sich halt in der Annahme einer Verhandlungsgrundlage aus, deren Urheber sich sicher nicht von besonderem Weltwollen für Deutschland hat leiten lassen. Das deutsche Volk und seine Regierung wollen nicht nur Frieden in dem Sinne, wie jeder Frieden will, nämlich dann, wenn der Frieden für ihr eine angenehme und vorteilhafte Sache ist, sondern sie sind bereit, im Interesse der Herbeiführung des Friedens Opfer zu bringen. Opfer, von denen die Gegenseite vielleicht behauptet, daß sie selbstverständliche Gebote der Gerechtigkeit sind. Aber sie soll dabei nicht vergessen, daß für zwei widereinander streitende Teile die Gerechtigkeit ein verschiedenes Gesicht hat. Es ist hier wie vor dem Kriege, wo sich beide Parteien gleichmäßig von der Güte ihrer Sache überzeugt sind, — nur daß im Weltkrieg der über den Parteien waltende Richter fehlt. Wenn das deutsche Volk nun den gegnerischen Rechtsstandpunkt, auch wo es dem Feind ankommt, als Verhandlungsgrundlage gelten lassen will, so ist dies ein wirkliches und nicht zu unterschätzendes Opfer, das im Interesse des Friedens gebracht wird.

Aber auch nur den gegnerischen Rechtsstandpunkt. Da liegt die Grenze. Nicht irgendeinen gegnerischen Macht- und Habsuchtsanspruch. Soweit unsere Gegner aufrichtig im Interesse einer höheren Rechtsidee fordern zu können glauben, ist Deutschland bereit, darauf einzugehen. Aber gegen brutale Machtansprüche muß es sich zur Wehr setzen. Das bezeichnet die entscheidende Aufgabe der sozialistischen Parteien der Gegenseite. Auch sie haben innerhalb ihrer Länder, von Ausnahmen abgesehen, den Rechtsstandpunkt nach ihrer Ueberzeugung vertreten und den Machtstandpunkt bekämpft. Zwischen ihnen und dem deutschen Volke, sowie seiner Regierung besteht jetzt volle Uebereinstimmung. Diese findet auch nach außen ein klaren Ausdruck: Die interalliierte Arbeiterkonferenz hat sich am 21. September einstimmig auf den Boden der vierzehn Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms gestellt. Auf der gleichen Grundlage bietet die deutsche Regierung den Frieden an. Kann eine Situation eindeutiger sein?

Die Sozialisten der Ententestaaten können nicht nur, sie müssen fordern, daß bei dieser Uebereinstimmung sofort verhandelt und dem Blutvergießen ein Ende gemacht wird. Sie haben uns, der deutschen Mehrheitspartei, oftmals den Vorwurf gemacht, daß wir den deutschen Imperialismus nicht mit der genügenden Entschiedenheit und Energie bekämpft hätten. Wir wollen heute nicht darüber streiten, wiewohl unser Gewissen gut ist. Aber vielleicht machen unsere französischen und englischen Genossen in diesen Tagen am eigenen Leibe die Erfahrung, daß es umso schwerer ist, der imperialistischen Raffgier Einhalt zu gebieten, je mehr sie sich an Siegen berauscht hat und je näher sie sich der Verwirklichung ihrer Ziele glaubt. Sie haben hier jedenfalls eine glänzende Gelegenheit, der Welt zu zeigen, wie der sich als Sieger fühlende Imperialismus durch den Sozialismus bekämpft und geändigt wird.

Dieser Kampf ist aber für sie von allerhöchster Verantwortung. Denn heute kann der Frieden nur an einer Möglichkeit scheitern: daß nämlich Deutschland von einem übermütigen Feinde Bedingungen gestellt werden, die auch über das weit hinausgehen, was die auf der Gegenseite kämpfenden Genossen als Gerechtigkeit betrachten. Dagegen zu kämpfen, dies zu verhindern ist die schwere Pflicht der Sozialisten der Entente. Philipp Scheidemann, den auch ein Teil von ihnen gern als „Kaisersozialisten" verketzert, hat gleichwohl vor anderthalb Jahren im Reichstag erklärt: Würde der deutschen Regierung ein Friedensangebot auf der Grundlage ehrlicher Verständigung gemacht und sie ließe den Krieg fortgehen, so wäre in Deutschland die Revolution da.

Die Augen der ganzen Welt sind auf die Sozialisten der gegnerischen Länder gerichtet, ob sie mit ihrer ganzen Macht, die nicht gering ist, ihre Regierungen zwingen werden, in Friedensverhandlungen einzutreten. Versäumen sie etwas hierin, sind sie lau gegenüber ihrem einheimischen Imperialismus, so träfe sie die furchtbare Verantwortung für das kommende Blutvergießen.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihnen den Kampf gegen den Entente-Imperialismus jetzt aufs äußerste erleichtert, indem unter unserer kräftigen Mitwirkung eine demokratische Regierung zustande kam, die den Frieden auch

unter eigenen Opfern erstrebt. Scheitert das Friedensangebot, so kann unsere Hilfe für die Genossen der Gegenseite nur noch ganz anderer Art sein. Unsere eigenen Erfahrungen gegenüber Rußland haben uns gelehrt, daß der Imperialismus sich umso unwiderstehlicher emporreckt, je weniger Widerstand er sich auf Feindesseite gegenübersieht. Unser Einfluß auf die russische Friedensgestaltung schwand in dem Maße, in dem das russische Heer auseinanderlief und sein Land feindlichem Einfall offenlegte. Wird Deutschland durch unerhörte und vernichtende Forderungen zu einem Endkampf der Verzweiflung gezwungen, so können unsere französischen und englischen Genossen in ihrem eigenen Interesse nicht wünschen, daß wir deutschen Sozialisten wie die Bolschewisten handelten. Zum Siege ihrer eigenen Politik wäre unser entschiedenster Widerstand notwendig. Aber dieser Widerstand würde gleichzeitig Tausenden ihrer und unserer Volksgenossen das Leben kosten. Wird das deutsche Friedensangebot abgelehnt, so käme der ehrliche Sozialismus auf der Ententeseite also in eine entsetzliche Lage, in einen unüberbrückbaren Zwiespalt der Gefühle. Er muß den kräftigen Widerstand des deutschen Volkes, und kann doch nicht den Tod der eigenen Volksgenossen wünschen. Dieser Zwiespalt bedeutet unter Umständen für eine Partei das Ende der politischen Existenz.

Um seiner selbst willen muß der Sozialismus der Ententestaaten jetzt den Frieden mit aller Macht herbeiführen helfen. Was er damit der Menschheit und der Internationale leistet, bedarf keiner Ausführung.

Was der Krieg bringt.

Dem Frieden entgegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet aus Basel: Balfour erklärte einem Redner des nördlichen England, **daß man zu Weihnachten sich nicht mehr schlagen werde,** obschon die Friedensbedingungen noch nicht unterzeichnet sein würden.

Der „Lokal-Anzeiger" meldet aus Zürich: Die „Neuen Züricher Nachrichten" erfahren: Englische Arbeiterführer haben sich zu dem deutschen Friedensvorschlag zustimmend geäußert. Die französischen Züricher Kreise erhielten eine Pariser Depesche, wonach aus Anlaß des Friedensvorschlages Kundgebungen stattfänden; doch sagen die Meldungen nicht, welcher Art die Kundgebungen waren.

Henderson würde die für den Weltfrieden notwendigen Garantien darin sehen, wenn der deutsche Militarismus niedergezwungen und ein wirklich demokratisches System eingeführt wäre.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus dem Haag: Der pazifistische Schriftsteller und Führer der Union für demokratische Kontrolle Morel, der zweimal wegen seines Eintretens für Verständigung mit dem Feinde verurteilt worden war, ist von der unabhängigen Arbeiterpartei in einem Vorort von Glasgow für das Parlament als Kandidat aufgestellt worden.

Von den Pariser Zeitungen ist „Populaire du Centre" das einzige Blatt, das sich rückhaltlos zugunsten des deutschen Angebots ausspricht; die elsässische Frage könne nur in Anerkennung des freien Willens der interessierten Elsässer gelöst werden. Wir begreifen, sagt das Blatt, daß der unersättliche Eroberungs- und Annexionshunger unserer Exterministen mit einem Frieden nicht einverstanden ist, der sich auf zu gerechte Grundsätze, wie diejenigen Wilsons, gründen werde, aber zum wenigsten sollten sie doch die neuen furchtbaren Opfer, die unsere Soldaten bringen müssen, berücksichtigen. Unsere Chauvinisten spielen nur das Spiel der Feinde. — An anderer Stelle schreibt „Populaire du Centre": **Diejenigen sind Verbrecher, die den Krieg verlängern wollen.** Es ist ganz klar, daß die Diplomaten die Forderung der Gegenpartei nicht auf den ersten Hieb annehmen können, aber es steht in der Macht eines Menschen, die letzten Fälligkeiten hinauszuschieben. Man wird verhandeln und die Bestimmungen des Vertrages erörtern. Es wird mehr oder weniger mühsam sein, aber der Friede ist da, er klopft an unsere Tür. Diejenigen sind blind, die den schnellen Trieb der Ereignisse nicht sehen wollen, der stärker ist als unser Wille.

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Lugano telegraphiert, **daß das italienische Volk durch die Aussicht des nahen Friedens förmlich elektrisiert erscheine.** Denn mit fabelhafter Einheitlichkeit werde eine verzweifelte Agitation im Heer und im Volke gegen die Friedensstimmung entfesselt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 9. Oktober, abends. (Amtlich.)

An der Schlachtfront zwischen Cambrai und St. Quentin haben wir rückwärtige Stellungen bezogen und damit auch Cambrai geräumt.

Teilkämpfe in der Champagne. Auf beiden Maas-Ufern haben sich erneute Angriffe des Feindes entwickelt.

Die deutschen Gefangenen in Rußland.

Ueber die Gefangenen in Rußland hat das preußische Kriegsministerium einem Abgeordneten folgendes mitgeteilt: „Der Abtransport, der ohnehin durch die großen Entfernungen und Verkehrsschwierigkeiten in Rußland Verzögerungen erleidet, ist infolge der tschecho-slowakischen Bewegung in Sibirien jetzt leider ins Stocken geraten und die Verbindung mit den Gefangenen ist gänzlich unterbrochen, so daß auch Geld- und Wäschesendungen an sie unmöglich geworden sind. Infolge der tschecho-slowakischen Unruhen können Einzeltransporte nicht mehr stattfinden. Es werden aber, sobald der Weg nach Sibirien wieder frei ist, alle Gefangenen ausnahmslos beschleunigt abtransportiert. Eine Internierung im neutralen Ausland kommt nach Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland nicht mehr in Frage."

Fortsetzung des Gefangenenaustausches mit Frankreich.

Wie bereits angekündigt wurde, traf am 7. Oktober ein Austauschzug mit 500 Zivilinternierten aus Frankreich ein. Er brachte u. a. die Deutschen, die vor Kriegsausbruch in Marokko ansässig waren und nun endlich aus französischer Hand befreit worden sind. Es ist zu hoffen, daß trotz der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten der allgemeine Austausch der Zivilinternierten im Laufe der Zeit ganz durchgeführt werden wird. Von seiten der deutschen Regierung geschieht dauernd alles, um dies Ziel zu erreichen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 9. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das italienische Artilleriefeuer erfuhr an der Gebirgsfront beträchtliche Steigerung. Im Daone-Tal, an der Etsch und unmittelbar östlich der Brenta kam es zu Infanteriekämpfen, die für uns günstig verliefen.

Albanischer Kriegsschauplatz.

In Albanien sind Franzosen und Serben in das von uns geräumte Elbassan eingerückt.

Im südlichen Alt-Serbien keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den gestrigen schweren Abwehrkämpfen bei Verdun haben die österreichisch-ungarischen Truppen des Feldmarschall-Leutnants Metzger rühmlichst Anteil genommen.

Mit der finnischen Königsmacherei

wird es vorläufig nichts. Zu einem nicht geringen Teile trägt hierzu auch die Neugestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands bei. Ueber die entscheidende Sitzung vom Dienstag wird berichtet: Die heutige Plenarsitzung des außerordentlichen Landtages behandelte die Regierungsvorlage in dritter Lesung vor vollbesetztem Hause und vollbesetzten Tribünen. Der Senat war zahlreich vertreten. Die Debatte, die mit Unterbrechung bis 12 Uhr nachts dauerte, brachte wenig neue Gesichtspunkte. Ein unverhältnismäßig großer Teil der Zeit wurde von langen Reden der Agrarier ausgefüllt. Aktiv erklärte, daß die Agrarier mehr denn je an **ihrem republikanischen Standpunkt festhalten;** sie seien darin durch den **Sieg des Parlamentarismus in Deutschland** noch mehr bestärkt worden. Die **neue deutsche Regierung** sei gegen Finnland nicht feindlich gesinnt und wünsche nur, daß Finnland den gleichen Richtlinien wie Deutschland folge. Der Alt-Finne Revantlinna griff den von republikanischer Seite gemachten Vorschlag einer Neuwahl des Landtages an. Wenn die Republikaner behaupteten, die Kandidatur eines deutschen Prinzen sei für die Demokratie ein Schlag ins Gesicht, so müssen sie sich vergegenwärtigen, daß Deutschland augenblicklich durch einen Prinzen repräsentiert wird. Paasiwtgri, der einzige gegenwärtig sein Mandat ausübende **Sozialdemokrat, protestierte dagegen, daß das augenblickliche Rumpfparlament über die großen Fragen des Landes entscheiden solle.**

Bei der Abstimmung über die Frage der Dringlichkeit wurden 74 Stimmen für und 34 gegen die Dringlichkeit abgegeben. Da die **erforderliche Fünfsechstel-Mehrheit somit nicht erreicht ist,** ist die **Vorlage** für die gegenwärtige Landtagssitzung **als gefallen** zu bezeichnen. Durch Akklamation **wurde beschlossen,** daß der Entwurf bis zum nächsten, aus Neuwahlen hervorgehenden Landtag ruhen soll. Ein Antrag Wudrinas auf Vornahme der Königswahl vor den Neuwahlen wurde mit 58 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Der finnische Thronanwärter hat also nun Zeit genug, um die finnische Sprache zu erlernen. Vielleicht braucht er sie für diesen Zweck überhaupt nicht mehr. Trotzdem raten wir ihm, das Studium nicht aufzugeben, denn sprachgewandte Leute finden überall ihr Fortkommen.

Errichtung einer gegenrevolutionären Armee in der Ukraine.

Aus Kiew wird dem **ukrainischen Pressebureau** berichtet, daß die Bildung einer ukrainischen Armee in vollem Gange ist. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen dieses Gesetz in Verbindung mit anderen, die eine Reihe von Fragen der Liquidation des Krieges regeln, veröffentlicht wird.

Das Gesetz sieht die Bildung eines ukrainischen Heeres im Bestande von acht Armeekorps nebst Hilfs- und technischen Formation vor. Vor kurzem fand in Kiew eine Versammlung der bereits ernannten Armeekorpsführer statt, in welcher festgestellt wurde, daß es in der Ukraina **über 300 000 junger militärtauglicher Männer im Alter von ungefähr 20 Jahren** gibt, die **weder durch die bolschewistische Schule gegangen sind, noch in den Armeen Kerenskis und Krylenkos gedient haben.** — Dieses Kontingent genügte vollauf, um mit den schon vorhandenen Kräften die acht Armeekorps bis zur vollen Kriegsstärke aufzufüllen. In den ersten Tagen des Oktober werden diese jungen Leute schon teilweise eingezogen. Zugleich wird die Vorbereitung der Kadres energisch fortgesetzt, es werden Kasernen gebaut, Waffen und Munition abgeliefert. Die theoretische Vorarbeit kann jetzt schon als abgeschlossen angesehen werden. Zugleich mit der Armee wird auch die ukrainische Flotte organisiert. Es werden für dieselbe 15 000 Mann ausgehoben nebst 2000 Mann zur Errichtung eines Marine-Infanteriekorps. Außerdem werden für ein Grenzschutzkorps 10 000 Rekruten benötigt.

Nach diesen Mitteilungen besteht die Absicht, die revolutionären Elemente von der ukrainischen Armee auszuschließen. Man verhehlt also nicht, daß diese Armee für Zwecke der Gegenrevolution gebildet werden soll. Vom Hetmansstaat darf anderes nicht erwartet werden. Es fragt sich nur, wie lange dieser Hetmansstaat noch am Ruder bleibt.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen unterbrochen.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen wurden bis auf weiteres unterbrochen. Der Waffenstillstandsvertrag soll in Kraft bleiben und die Konsularvertretungen weiter bestehen. Die Arbeit der im Waffenstillstandsvertrag genannten Kommissionen für Verkehrsfragen, Warenaustausch und das Rote Kreuz wird fortgesetzt. Ein Teil der russischen Delegation reist ab, ein Teil bleibt in Kiew für die Kommissionsarbeiten.

Samara von den Bolschewiki genommen.

Die Sowjetregierung meldet: Am 7. Oktober 8 Uhr abends wurde Samara von unseren Truppen eingenommen. Sie wurden mit Jubel von der Bevölkerung begrüßt. Noch vor der Einnahme der Stadt hatten sich die Arbeiter gegen die Tschechoslowaken erhoben. Die Siegesbeute, die unseren tapferen Truppen in die Hände fiel, ist ungeheuer und läßt sich im Augenblick noch nicht annähernd überblicken.

Damit ist auch der letzte Stützpunkt der Gegenrevolution unter den wuchtigen Schlägen der Roten Armee gefallen. Jetzt ist das ganze Wolgagebiet in unseren Händen. Jetzt werden wir das für das junge Sowjetrußland so nötige Brot erlangen. Dieser Sieg gibt uns neuen Mut im Kampfe für die Ideale des Kommunismus.

Die Alliierten in Bulgarien.

Der Vertreter der Transozean-Gesellschaft meldet vom 8. Oktober aus Sofia: Heute vormittag fand im Eisenbahnministerium unter Teilnahme von Morsoff (Generaldirektor der Eisenbahnen und Telegraphen), General Luckoff, dem französischen Oberst Trousset und zwei englischen Offizieren eine große Sitzung statt. Auf der Tagesordnung steht die **Uebernahme der bulgarischen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, Telegraphie und Telephone durch eine Entente-Kontrollkommission,** sowie eine Besprechung über die Transportmöglichkeiten der Ententetruppen zu der vertragsmäßigen **Besetzung der strategischen Punkte** in Bulgarien. Gestern wurde Gueschewo an der altbulgarischen Grenze **von der Entente besetzt,** heute Küstendil. In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober soll **ein französisches Regiment nach Sofia kommen,** wahrscheinlich über Küstendil. Von den unter den Waffen behaltenen fünf Jahrgängen der bulgarischen Truppen (Jahrgang 38 bis 42) werden die 4., 8. und 10. Division neu aufgefrischt. Diese drei Divisionen bilden die den Bulgaren zugestandene Truppenmacht. Mehr und mehr bricht sich in der Bevölkerung die Erkenntnis Bahn, daß für Bulgarien noch lange nicht Frieden ist, sondern eine Okkupation durch die Entente.

750000 neue Wohnungen notwendig.

Die Frage der Wohnungsnot bewegt zur Zeit viele gemeinnützige Körperschaften. So hält die **Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin** einen **Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege** ab. Den einleitenden Vortrag hielt der Vorsitzende des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin, Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg. Sein Thema lautete: **„Die gegenwärtigen Zustände im Wohnungswesen und ihre Rückwirkung auf die Allgemeinheit."** Dr. Kuczynski führte u. a. aus: Die Einziehung der Massen Heerespflichtiger im August 1914 erfolgte gerade noch rechtzeitig genug, um eine Katastrophe auf dem Kleinwohnungsmarkt abzuwenden. Während des Krieges ist aber die Zahl der leerstehenden Wohnungen durch Gründungen von Haushaltungen wieder so weit zurückgegangen, daß die Zahl der Leerwohnungen bereits im letzten Winter noch kleiner war als vor Kriegsausbruch. Die bis jetzt vorliegenden Einzelergebnisse der Reichswohnungszählung reden eine furchtbare Sprache. Wir haben heute im Deutschen Reiche eine Wohnungsnot wie wir sie noch niemals erlebten. In manchen Städten gibt es gegenwärtig keine leere Wohnung mehr. Ist heute Obdachlosigkeit noch ein seltener Einzelfall, so kann sie, falls der Krieg nicht noch in diesem Jahre endet, das Los vieler noch vor Friedensschluß werden. Es wird ein Jahr nach Friedensschluß vergehen, bevor eine nennenswerte Zunahme der vorhandenen Wohnungen eintritt. Die Nachfrage nach Wohnungen wird aber außerordentlich stark sein und besonders scharf wird der Wettbewerb um leerstehende Kleinwohnungen sein. Im ganzen müßten mindestens **750 000 neue Wohnungen bis zum Ende des ersten Friedensjahres hergestellt sein.** Das mag manchen überraschen, der an die Entwicklung unserer Geburten und Sterbefälle im Kriege denkt. Hatten wir doch in den letzten fünf Friedensjahren, d. h. vom 1. August 1909 bis zum 31. Juli 1914 bei 9 382 000 Geburten nur 5 256 000 Sterbefälle, also einen Geburtenüberschuß von 4 126 000, während wir für die fünf Jahre vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1919, gleichviel wann der Friede geschlossen wird, nur mit 5⅔ Millionen Geburten, und, selbst wenn der Friede morgen geschlossen würde, mit rund 7 Millionen Sterbefällen, also mit einem Geburtendefizit von etwa 1⅓ Millionen zu rechnen haben. Aber der Geburtenausfall übt zunächst keine Wirkung auf den Wohnungsmarkt. Diese Wirkung wird erst in späterer Zukunft eintreten. Wie unsre Schulen von 1922 an nur noch den halben Nachwuchs haben werden, wie unserem Arbeitsmarkt von 1930 an die jugendlichen Kräfte nur spärlich zufließen können, so werden die Neubegründungen von Haushaltungen in zwanzig Jahren plötzlich zurückgehen. Kuczynski berechnet den Minderbedarf infolge des Geburtenausfalls auf wenigstens ¾ Millionen. Aber dieser Minderbedarf mit allen seinen Folgen für das Grundstücks- und Baugewerbe wird erst im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts in die Erscheinung treten.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. Oktober.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshause tagte, war so zahlreich besucht, daß der berühmte Apfel nicht zur Erde fallen konnte. Ein Zeichen, welch regen Anteil die Arbeiterschaft an den welthewegenden politischen Vorgängen der letzten Zeit nimmt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Hans Möller, Fritz Röpke, Aug. Haut, Karl Meier und das der im Kriege gefallenen Genossen Franz Glau und Friedrich Troje in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab Genosse Bromme die Abrechnung vom dritten Quartal, die in Einnahme und Ausgabe inkl. Kassenbestand mit 17 120,87 Mk. bilanziert. Einem Zugang von 35 neuen Mitgliedern, stand ein Abgang von 83 gegenüber. Von letzterem sind 55 ausgetreten. Die Mitgliederzahl betrug einschließlich der zum Kriegsdienst Einberufenen— am 1. Oktober 6364. Dem Weltkrieg fielen bisher 213 Genossen zum Opfer. Hierauf erhielt Genosse Stelling das Wort zu seinem Vortrag über: Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung und die politische Lage. Redner führte u. a. folgendes aus: Der Krieg entwickelte sich immer mehr zu einer Weltrevolution. Wir sehen Throne stürzen und sehen wie die Völker selbst die Leitung ihrer Geschicke übernehmen; auch wir Sozialdemokraten legen da Hand mit an. Es sind allerdings mitunter recht unangenehme Erbschaften, die wir übernehmen müssen. Auch in Deutschland geht es jetzt mehr denn je um das Schicksal unseres Volks. Wir Proletarier haben dabei ein sehr lebhaftes Interesse an der Gestaltung des Schicksals unseres Vaterlandes. Deshalb sind wir gegen den Frieden um jeden Preis. Genosse Stelling erörterte nun das Friedens- und Waffenstillstandsangebot und die politischen Vorgänge der letzten Tage, sowie die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in den letzten Wochen und Monaten. Wir Deutschen sind in absehbarer Zeit mehr oder weniger allein auf die eigenen Kräfte angewiesen. Wenn wir in dieser verhängnisvollen Situation hineingekommen sind, so tragen die Alldeutschen ein großes Maß von Schuld daran. Redner besprach die Annexionsforderungen der Alldeutschen, wie sie in den Kriegsjahren nach und nach propagiert worden sind. Auch auf die Kämpfe um die Gleichberechtigung der Staatsbürger, vor allem um das gleiche Wahlrecht ging er ein, wobei auch Streiflichter auf die lübische Wahlrechtsänderung fielen. Nach dem bisherigen Verlauf der Dinge sei kein gerechtes Wahlrecht in Lübeck zu erwarten. Der verschärfte U-Boot-Krieg hat uns in letzter Linie Amerika zum Kriegsgegner gemacht und damit die gegenwärtige Situation mit herbeigeführt. Zu den Ostfragen und insbesondere dem Frieden von Brest-Litowsk übergehend, schilderte Redner wie wenig dieser Frieden den schönen Reden unserer Staatsmänner vom Frieden ohne Annexionen entspricht. Das traurig finnische Abenteuer würde noch lange ungünstig für die Deutschen wirken, die im Bürgerkriege Partei gegen die Arbeiter nahmen. Dann wurde die vorläufige Antwortnote Wilsons besprochen. Ihr gegenüber sei die Note des Reichskanzlers völlig klar gewesen. Aber man hege eben immer noch Mißtrauen gegen uns. Die Antwort Wilsons laute immerhin anders, als wenn sie von Clemenceau gegeben worden wäre. Auch über das Verfahren bei der Räumung der von den Alliierten besetzten Gebiete, sage Wilson nichts. Immerhin müsse die Forderung diskutiert werden, bevor man dazu übergeht, den Kampf weiter zu führen. Man wird versuchen müssen, auf der von Wilson vorgeschlagenen Grundlage zum Frieden zu kommen. Schließlich haben auch die Völker der Entente noch ein Wort mitzureden. Auch die Sozialisten der alliierten Länder müssen sich auf ihre Pflicht besinnen. Die französischen Sozialisten haben bereits ihre Stimme erhoben. Vorläufig muß aber die Front gehalten werden, bis die Verhandlungen zum Waffenstillstand reif sind. Es

ist weiter notwendig, daß die Demokratisierung und die Parlamentarisierung in Deutschland inzwischen fortgeführt und die Militärnebenregierung vollends ausgeschaltet wird. Auch der Brester und Bukarester Friede müsse annulliert werden. Dem Wunsche der Russen sollte entsprochen und der Königsmacherei in Finnland ein Ende bereitet werden. Die Randstaaten des Ostens müssen schleunigst Zivilregierung erhalten und die rigorosen Urteile der Feldgerichte im Ostgebiet aufgehoben werden. Redner forderte dann auch für politische Vergehen im Innern volle Amnestie und die Aufhebung von Zensur und Belagerungszustand. Auf den Eintritt unserer Genossen in die Regierung übergehend, bemerkte Stelling, daß manche Genossen der Meinung sind, man solle in der gegenwärtigen schlimmen Situation die furchtbare Verantwortung nicht übernehmen. Aber der Schritt war notwendig. Wir empfinden bitteren Schmerz, daß es so ungeheurer Blutopfer bedurfte, um im 20. Jahrhundert die demokratische Entwickelung Deutschlands hervorzurufen. Dann ging Redner zu der gegnerischen Beurteilung des Eintritts der Sozialdemokraten in die Regierung über. Zunächst rechnete er mit den Schimpfereien der Unabhängigen ab. Wir geben den Gedanken des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft deshalb nicht auf, weil wir das Land vor dem Schlimmsten bewahren wollen. Das Hauptmotiv unseres Schrittes war, den Frieden herbeizuführen und die Demokratisierung zu fördern. Im übrigen erkenne auch die „Leipziger Volkszeitung" an, daß eine neue Aera angebrochen ist. Der neue Reichskanzler habe die Bedingungen der Sozialdemokraten angenommen und stand von jeher auf dem Standpunkte des Verständigungsfriedens. Gegen ihn sei maßlos agitiert worden, und es sei nur zu begrüßen, daß der Prinz von Baden trotzdem die Zügel der Regierung übernommen habe. Stelling besprach dann noch die Wichtigkeit des neuen Reichsarbeitsamtes und dessen Aufgaben. Mit einer nachdrücklichen Forderung für den Frieden schloß Redner seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen und empfahl noch folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck ist mit dem Eintritt von Parteigenossen in die Regierung einverstanden. Sie spricht dabei die dringende Erwartung aus, daß die von den Mehrheitsparteien des Reichstages aufgestellten Forderungen unverzüglich durchgeführt werden. Vor allem erwartet sie, daß von der neuen Reichsregierung alles geschieht, um zu einem baldigen, gerechten Frieden mit allen am Kriege beteiligten Völkern zu kommen. An die Spitze ihrer demokratischen Forderungen stellt die Versammlung die umgehende bedingungslose Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, und erwartet auch für Lübeck eine umgehende Lösung der Wahlrechtsfrage. Von der lübschen Regierung fordert die Versammlung, daß sie dem Volke seine staatsbürgerlichen Rechte nicht länger mehr vorenthält.

Die Versammelten verpflichten sich, den Kampf für die Demokratisierung insbesondere für das Wahlrecht in Lübeck in Gemeinschaft mit der Bürgerschaftsfraktion mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit zu führen."

In der anschließenden Debatte besprach Genosse Henze den Frieden von Brest-Litowsk, dessen geltende Gestaltung mit auf das Verhalten der russischen Vertreter zurückzuführen sei. Genosse Haut kritisierte die Niederwerfung der Roten Garden in Finnland durch deutsche Truppen und die Vorgänge in der Ukraine, die nicht dazu beigetragen hätten, die Stimmung für Deutschland zu verbessern. Die Demokratisierung Deutschlands sei unbedingt notwendig, ebenso die Einigkeit der Arbeiterschaft und das Vertrauen zu ihren Führern. In seinem Schlußwort betonte Stelling gegenüber den Ausführungen Henzes, daß der Ostfrieden das Selbstbestimmungsrecht der Völker der Randstaaten nicht zur Geltung bringe. Die vorgeschlagene Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

Unter „Innere Vereinsangelegenheiten" wies Genosse Bromme darauf hin, daß gegenwärtig von einigen ehemaligen Parteimitgliedern versucht wird, für den Austritt aus der Partei Propaganda zu machen. Man bemühe sich auf diese Weise, die Einheit der Lübecker Arbeiterbewegung zu stören. Wer mit der Haltung der Partei nicht einverstanden sei, dem sei die Möglichkeit gegeben, in den Versammlungen seinen abweichenden Standpunkt zu vertreten. Das sei aber von jenen Leuten unterlassen worden. Gerade die heutige Zeit erfordere es dringend, daß die Arbeiter der alten sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren. In einer Aussprache wurde betont, daß es sich um Vorkommnisse handle, die nicht schwer genommen zu werden verdienten, im übrigen aber der Auffassung Brommes vollinhaltlich zugestimmt.

Preiswucher mit Schuhwerk.

Vielfach hört man Klagen, daß Lederschuhwerk nicht mehr unter 60,— Mk. oder 70,— Mk. zu haben wäre. Es ist zweifellos daß diese Preise oft gefordert werden. Sofern es sich nicht um Maßschuhwerk handelt, sind diese Forderungen aber immer eine Ueberschreitung der vorgeschriebenen Preise. Diese betragen bis auf weiteres für fabrikmäßig hergestellte Schuhwaren mit dem Stempel „September 1918" oder dem eines späteren Monats bei bester Ausführung, auf Rahmen genäht, für Herrenstiefel höchstens 48,— Mk., für Damenstiefel höchstens 44,— Mk. und für Damen-Halbschuhe 38,— Mk. Für mittlere und geringere Fabrikate sind die Preise erheblich billiger, sie gehen bei Herrenstiefeln bis zu 25,— Mk., bei Damenstiefeln bis zu 22,— Mk. und bei Damenhalbschuhen bis zu 18,— Mk. herunter.

Die Preise müssen den Schuhwaren auf der Sohle oder im Schaftfutter aufgestempelt sein. Fehlt dieser Stempel, so ist er unrechtmäßig entfernt, zeigt er einen höheren Preis, als er nach den oben gemachten Angaben möglich erscheint, so ist die Stempelung gefälscht. Wer Stempel unkenntlich macht oder fälscht, oder Schuhe zu einem höheren als dem festgesetzten Preise verkauft oder anbietet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000,— Mk., ferner mit Einziehung der Ware bestraft. Außerdem ist Schließung des Geschäftes zu gewärtigen.

Dieser Preiswucher findet sich hauptsächlich im Schleichhandel, der sich durch gefälschte Schuhbedarfsscheine oder auf anderen Wegen Schuhwaren zu verschaffen weiß, die ausgezeichneten Preise entfernt und die Schuhwaren alsdann unter der Hand mit Zuschlägen von 100 und mehr Prozent weiter verkauft. Eine große Schuld an diesem Preiswucher trägt auch ein Teil der Bevölkerung, die in dem Bestreben, sich mit Lederschuhwerk einzudecken, zur Bezahlung jeden Preises bereit ist. Zumeist sind es nicht einmal diejenigen Kreise, die zur Ausübung ihres Erwerbes oder Berufes auf Lederschuhwerk angewiesen sind.

Gewerbliche Verarbeitung von Zucker.

Durch Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 30. September ist die gewerbliche Verarbeitung von Zucker zu Süßigkeiten ausdrücklich verboten, soweit der Zucker nicht von der Reichszuckerstelle oder der Zuckerzuteilungsstelle für das Deutsche Süßigkeitengewerbe oder einen Kommunalverband für diesen Zweck zugeteilt ist. Danach ist fortan die Herstellung von Süßigkeiten in Lohn nicht mehr gestattet. Diese Süßigkeitenherstellung, für die ein Bedürfnis nicht anerkannt werden kann, war, wie festgestellt, vielfach eine Stätte der Verarbeitung von Schleichhandelszucker, so daß ihr entgegengetreten werden mußte.

Der 1. Oktober und die Ersatzmittelindustrie.

Seit Erlaß der Ersatzmittelverordnung wußten Fabrikanten, Groß- und Kleinhändler, daß mit dem 1. Oktober die Frist für den Verkauf nichtgenehmigter Ersatzmittel abläuft. In den sieben Monaten konnten sie sich darauf einstellen und haben gar keine Veranlassung, jetzt darüber Klage zu führen, daß „Millionenwerte" verloren gehen, weil seit dem 1. Oktober die ungenehmigten Ersatzmittel, die sich noch im Klein- und Großhandel befinden, nicht mehr verkauft werden können. Und erst recht besteht für die Regierung keine Veranlassung, dem Wunsche zu willfahren, den Oskar Tietze in der „Tageszeitung für Nahrungsmittel" als die einzige Möglichkeit, die Millionenwerte zu retten, bezeichnet, die Verkaufszeit um ein viertel bis zu einem halben Jahr zu verlängern. Etwas sonderbar mutet es an nach allem, was über die Geheimnisse der Ersatzmittelfabrikanten bekannt geworden ist, wenn Herr Oskar Tietze aus Namslau am Schluß des Artikels sagt, daß es wirklich not täte, dem Stande der Ersatzmittelfabrikanten etwas Dank auszusprechen. Die Mehrzahl der Verbraucher fühlt sich zu diesem Dank ganz gewiß nicht verpflichtet und schließt sich der Forderung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, die Frist unter keinen Umständen zu verlängern, durchaus an.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde zwischen Cambrai und St. Quentin nahmen wir rückwärtige Stellungen ein. Cambrai wurde von uns geräumt. Durch erfolgreiche, von Panzerwagen unterstützte Gegenangriffe, die uns am Abend des 8. Oktober südöstlich von Cambrai wieder in den Besitz von Seruiville und der Höhen beiderseits von Esnes brachten, haben in erster Linie bayerische und rheinische Regimenter, sowie Truppen der 9. Jägerdivision die Loslösung vom Gegner wesentlich erleichtert. Im Laufe des gestrigen Tages ist der Feind beiderseits der Römerstraße in Richtung le Chateau mit stärkeren Kräften gefolgt. Unsere Vortruppen wehrten die hier in Verbindung mit Panzerwagen eingesetzte Kavallerie ab. Starken Infanterieangriffen wichen sie schrittweise kämpfend auf ihre neuen Stellungen aus. Am Abend stand der Feind östlich der Linie Bartry—Busigny—Bohain.

In der Champagne wurden feindliche Gegenangriffe beiderseits von St. Etienne abgewiesen.

Zwischen den Argonnen und dem Rücken von Ornes brach der Amerikaner am östlichen Maasufer in Verbindung mit Franzosen erneut zu einheitlichen Angriffen vor. Am Rande der Argonnen scheiterten sie unter starken Verlusten für den Gegner. Cornay, in das der Feind eindrang, wurde wieder genommen. Der Hauptstoß der zwischen Aire und Maas geführten Angriffe war gegen Somme-Riauce und Romagne gerichtet. Beide Orte blieben nach wechselvollen Kämpfen in unserer Hand. Den über Romagne und östlich davon bis Cumel vordringenden Feind warfen badische Regimenter wieder zurück.

Auf dem östlichen Maasufer schlugen wir den Feind östlich von Vitry ab und nahmen Vitry, das vorübergehend verloren ging, wieder. Nordwestlich und östlich von Beaumont ist der Ansturm vor den Linien österreichisch-ungarischer Jäger und rheinischer Regimenter gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Wenn dieses ist der Freien einzige Pflicht: Das Reich zu schirmen, das sie selbst beschirmt.

Schiller.

Erfüllet diese Pflicht!
Zeichnet die Neunte!

Oeffentlicher Arbeitsnachweis.

Die wiederholten Ankündigungen im Anzeigenteil der Tageszeitungen, daß der Oeffentliche Arbeitsnachweis sich jetzt Marlesgrube 27 befindet, werden noch nicht genügend beachtet. Noch immer laufen zahlreiche Anfragen und Bestellungen Parade 1 ein, wo der Oeffentliche Arbeitsnachweis sich bis zum 30. September 1918 befand. Mit diesem Tage ist der Oeffentliche Arbeitsnachweis bei dem Stadt- und Landamt, der mehr denn 4 Jahre die Arbeitsvermittelung besorgt hat und dem vom Senat zahlreiche andere mit der Arbeitsvermittlung zusammenhängende Aufgaben übertragen sind, auf Grund eines Beschlusses der gesetzgebenden Körperschaften aufgelöst. Auf neuer Grundlage ist ein neuer Oeffentlicher Arbeitsnachweis aufgebaut. Diesem Arbeitsnachweis ist auch die Zentralauskunftsstelle für den Arbeitsmarkt, die Hilfsdienstmeldestelle, die Frauenarbeitsmeldestelle, die Jungmannenvermittlung sowie der Arbeitsnachweis für genesende Soldaten aus den Lübecker Lazaretten und Genesenden-Kompagnien übertragen. In Angelegenheiten der genannten Einrichtungen wende man sich daher nicht mehr nach Parade 1, sondern Marlesgrube 27. Auch die weibliche Abteilung des bisherigen Oeffentlichen Arbeitsnachweises ist aufgelöst; die weibliche Arbeitsvermittlung wird ebenfalls von dem neuen Arbeitsnachweis ausgeführt. Zum Geschäftsführer des neuen Arbeitsnachweises ist der Geschäftsführer des Vereins Lübecker Metallindustrieller, Jürgens, bestellt.

Die Lebensmittelpreise waren in Lübeck nach dem Berichte des Statistischen Amtes im 2. Quartal (die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres) folgende: Die Großbezugspreise für Schlachtvieh betrugen für 100 Kgr. Schlachtgewicht im Juni für Rinder 400 Mk. (360 Mk. bis 400 Mark), für Mastkälber 320 Mk. (320 Mk.), für Hammel 420 Mk. (420 Mk.) und für Schweine 270 Mk. (320 Mk.) Im Kleinhandel kostete je ½ Kgr. Schwarzbrot 22¾ Pfg. (18¼ Pfg.), Rindfleisch von der Keule 2,70 Mk. (2,60 Mk.), Kalbfleisch von der Keule 2,20 Mk. (2,20 Mk.), Hammelfleisch von der Keule 2,60 Mk. (2,60 Mk.), Schweinefleisch von der Keule 1,80 Mk. (2,00 Mk.), vom Bauch 1,50 Mk. (1,70 Mk.), Kotelette 1,90 Mk. (2,10 Mk.), Pferdefleisch 1,80 Mk. (1,80 Mk.), Leberwurst 2,10 Mk. (2,10 Mk.), Zervelatwurst 3,00 Mk. (3,00 Mk.), geräucherter Speck 2,20 Mk. (2,20 Mk.), Milch (1 Liter) 38 Pfg. (30 Pfg.), Meiereibutter 3,50 Mark (2,55 Mk.), frische Landeier (1 Stück) 35 Pfg. (32 Pfg.), Weizenmehl 27 Pfg. (22 Pfg.), Weizengrieß 32 Pfg. (28 Pfennig), Gerstengraupen 36 Pfennig (30 Pfennig), Gerstengrütze 36 Pfg. (30 Pfg.), Hafergrütze 44 Pfg. (44 Pfg.), Würfelzucker 44 Pfg. (32 Pfg.), Melis 42 Pfg. (30 Pfg.), Malzkaffee 84 Pfg. (52 Pfg.), Margarine 2,00 Mk. (2,00 Mk.), Kunsthonig 75 Pfg. (55 Pfg.), Petroleum (1 Liter) 36 Pfg. (32 Pfg.), Hartkoks (100 Kgr.) 7,80 Mk. (5,30 Mk.), Gaskoks 5,00 Mk. (4,20 Mark). Für Obst und Gemüse wurden folgende Preise gefordert: Für ½ Kgr. Spargel 35 bis 120 Pfg. (50 bis 90 Pfg.), Weißkohl 40 Pfg., Wirsingkohl 40 Pfg., Blumenkohl (1 Kopf) 80 bis 120 Pfg. (80 bis 120 Pfg.), Spinat 50 Pfg. (35 Pfg.), Kopfsalat (1 Kopf) 15 Pfg. (15 Pfg.), Kohlrabi 55 Pfg. (40 Pfg.), Rhabarber 22 Pfg. (14 Pfg.), Sellerie 60 Pfg. (60 Pfg.), Porree 70 Pfg. (15 Pfg. für 1 Stange), Zwiebeln 60 Pfg. (75 Pfg.), Möhren 25 Pfg. (60 Pfg.), Karotten 40 Pfg. (70 Pfg.), Rote Beete 22 Pfg. (70 Pfg.), Radieschen (1 Bund) 20 Pfg. (10 Pfg.), Rettich (1 Stck.) 10 Pfg. (15 Pfg.), Erbsen 70 Pfg. (65 Pfg.), grüne Bohnen 40 Pfg. (60 Pfg.), auswärtige Kirschen 75 Pfg. (100 Pfg.), Erdbeeren 1,80 Mk. (1,25 Mk.), Stachelbeeren 75 Pfg. (45 Pfg.), Johannisbeeren 60 Pfg. Im Fischhandel zahlte man für ½ Kgr. Schleie 2,45 Mk. (2,30 Mk.), Karpfen 2,15 Mk., Aale 1,00 Mark bis 2,80 Mk. (1,00 Mk. bis 1,60 Mk.), Hechte 2,45 Mk. (1,50 Mark), Barsche 1,40 Mk. (1,20 Mk.), Brachsen 1,40 Mk. bis 2,00 Mark (0,90 Mk. bis 1,20 Mk.), Aland 1,60 Mk., Rotaugen 0,85 bis 1,40 Mk., (70 bis 90 Pfg.), Dorsche 85 Pfg. (75 Pfennig), Butt 45 bis 90 Pfg. (60 bis 80 Pfg.), geräucherte Aale 2,60 Mk. bis 5,70 Mk. (8,60 Mk. bis 8,00 Mk.), endlich für Heringe 2,30 Mark (1,00 Mk.). Nicht mehr gehandelt wurden Schweineschmalz, Erbsen, Bohnen, Linsen, Buchweizengrütze, Kartoffelmehl, Sago, Reis, Reismehl. — Die Preise für Schwarzbrot, Rindfleisch, Milch, Butter, Eier, Kolonialwaren, Fische und Kohlen sind gegen 1917 gestiegen; billiger geworden ist außer einigen Gemüsearten nur Schweinefleisch und diese Verbilligung ist praktisch fast bedeutungslos.

Einen Rezitations- und Liederabend veranstalteten Josephine Hesse und Elie v. Oppen am Dienstag im Marmorsaal. Fräul. v. Oppen sang außer Liedern von Beethoven, R. Wagner, Grieg und Strauß auch eigene Kompositionen, die von beachtlichem Talent zeugten. Vortrag und Ausdruck waren von Geschmack und Empfindung getragen, wenn auch das kräftige Stimmaterial manchmal etwas hervorklang. Josephine Hesse brachte eine Anzahl Dichtungen, die meist düsteren Charakters waren, zu Gehör. Sie deklamierte mehr als daß sie gestaltete. Ihrem Organ mangelte es auch an Modulationsfähigkeit. Das Publikum zeigte sich für das Gebotene dankbar.

Am ersten Dichter-Abend der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung hielt der hier bestens bekannte ausgezeichnete Vortragskünstler Max Montor aus Hamburg gestern abend im Marmorsaal unter der Bezeichnung „Neue Wege in der deutschen Dichtung" seine erste Vorlesung. Es gelangten drei für hier neue Dichtungen zur Wiedergabe. Interesse erweckte besonders die Tragödie: Szenen aus „Jeremias", deren Stoff der biblischen Geschichte entnommen und die auf die heutigen Zeitverhältnisse Bezug nimmt. Jerusalem droht die Vernichtung durch den Krieg. „Ich habe den Krieg gekündet und wollte den Frieden", ruft der König. Am Schlusse klingt das inbrünstige Sehnen nach dem Frieden: „Herr, gib uns Frieden, Frieden." Der Erzählung „Die Ursache", liegt die Anschauung zugrunde, daß jedes Verbrechen eine Ursache habe. Ein 30jähriger Dichter wird aus Anlaß einer ihm gelegentlich eines Schulausfluges vor mehr als 20 Jahren von seinem damaligen Lehrer zugefügten Demütigung, welche er nimmer verwinden konnte, zum Mörder an diesem Lehrer, der noch immer dieses Erziehungsamt in derselben Brutalität versah. Da der Verbrecher nun gelegentlich dieser Tat einen sich ihm leicht bietenden Gelddiebstahl im Hause seines Opfers ausführte, wurde er des Raubmordes für schuldig befunden und mußte, trotz aller Beteuerungen, die Tat nur der „Ursache" wegen vollführt zu haben, sein junges Leben unter dem Beile des Henkers lassen. „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christof Rieke" von R. Maria Rilke leitete den Abend ein. Die zahlreich erschienenen Zuhörer spendeten den fesselnden Darbietungen des Künstlers lebhaften Beifall.

Ueber die Kaninchenfellverwertung spricht am heutigen Donnerstag abend, anläßlich der Kaninchenschau „Lubeca" im Weißen Saal der Stadthallen Herr Heinrich Pauser aus Hamburg. Es werden hierzu Lichtbilder verwendet und auch die Kaninchenzucht im allgemeinen gestreift. Der Eintritt ist frei.

Kinderhospital. Am 1. Oktober hat an Stelle des bisherigen leitenden Arztes, Herrn Prof. Dr. med. Pauli, der von der Vorsteherschaft unter Zustimmung des Senates gewählte Herr Dr. med. Klotz sein Amt als Direktor und leitender Arzt im Kinderhospital angetreten. Wie aus den Verhandlungen in der Bürgerschaft bekannt, ist dieses Amt mit dem eines staatlichen Kinderarztes und Arztes im Jugendamt verbunden.

Kinderhort St. Lorenz-Süd. Da der alte Bahnhof mit seinen Nebengebäuden zu Wohnungen umgebaut wird, hat der Hort kein Heim verloren. Der Vorstand hofft, ihn zum Winter in anderen Räumen wieder eröffnen zu können und wird alsdann Näheres mitteilen.

Dritte Klein-Kinderschule. Wegen Erkrankung aller Schwestern kann die Schule noch nicht am Mittwoch, 9. ds., sondern voraussichtlich erst am Mittwoch, 16. ds. wieder eröffnet werden. Eine weitere Bekanntgabe wird vorher erfolgen, falls die Eröffnung auch dann noch unmöglich ist.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte weitere 20 Millionen Mark für Kriegsausgaben. Damit sind bisher 465 Millionen Mark bewilligt.

Hamburg. Massenerkrankungen beim Fernsprechamt. Nach einer Mitteilung der hiesigen Oberpostdirektion ist beim Personal des Fernsprechamtes wieder die Grippe ausgebrochen, an der allein in den letzten Tagen über 200 Personen erkrankt sind. Es wird aufgefordert, möglichst auf die Benutzung des Fernsprechers zu verzichten.

Hamburg. Ein Riesenunternehmen der Arbeiterschaft. Die Hamburger „Produktion", eine von Arbeitern gegründete und geleitete Genossenschaft, kann auf eine stündige Aufwärtsentwickelung zurückblicken. Nach den Angaben des Geschäftsführers in der letzten Generalversammlung betrug die Mitgliederzunahme im ersten Halbjahr 1918 2180, am 30. Juni wurden 107 663 Mitglieder gezählt. Unter Hinzurechnung unverteilter Guthaben beträgt der Geschäftsanteil der Mitglieder rund zwei Millionen Mark, das sind etwa 20 Mk. für das Mitglied, während der Geschäftsanteil statutarisch 30 Mk. betragen soll. Der Notfonds beträgt insgesamt nahezu 3 Millionen Mark. Der Sparkassenbestand ist wiederum außerordentlich gestiegen. Die Zunahme betrug im ersten Halbjahr 1918 insgesamt 3 360 652,28 Mark. Am 30. Juni d. J. waren bei der Sparkasse 15 976 034,78 Mark belegt. Der Wohnungsfonds ist gegen den Anfang des Jahres unverändert geblieben; er machte am 30. Juni die Summe von 123 614,01 Mk. aus. In Lauenburg wurde eine Ziegelei erworben. Das Vermietungsgeschäft war günstig. Die Rohbilanz weist gegen Ende 1917 nur die Veränderungen auf, die in dem Anwachsen der Einlagen begründet sind. Die Effekten und Anlagen sind um 3¾ Millionen Mark höher. Aus dem Bildungsfonds wurden Bibliotheken, Ferienheimen und Kriegshilfen unseres Städtegebietes und anderen sozialen Einrichtungen erhebliche Zuwendungen gemacht. Das Versicherungsgeschäft hat erhöhte Einnahmen aufzuweisen, was sich in erster Linie aus der Erhöhung der Versicherungssummen erklärt. Die neuen Versicherungen betrugen etwa 10½ Millionen Mark, der Gesamtbestand beziffert sich auf rund 50 Millionen Mark. Die Handelsgesellschaft hatte im ersten Halbjahr d. J. in den Verkaufsstellen einen Umsatz von 14 806 512,65 Mk. gegen 14 135 412,53 Mk. im ersten Halbjahr des Vorjahres. Der Mehrumsatz betrug also 671 110,12 Mk., das sind 4,7 Prozent. Der Großhandelsumsatz beziffert sich auf 6 207 574,13 Mark gegen 12 046,378,54 Mk. Das ist ein Minderumsatz von 5 838 804,41 Mk. In den Konservenfabriken hat die Beschäftigung infolge unregelmäßigerer, kleinerer Viehzufuhr abgenommen. In der Schlachterei ist der Umsatz wesentlich zurückgegangen, weil die Fleischnahrung knapper geworden und der Rippenverkauf eingestellt ist. Die Bäckerei konnte dagegen ihren Umsatz von 2 190 406 Mk. im ersten Halbjahr 1917 auf 2 853 957 Mk. im ersten Halbjahr 1918 erhöhen. Die neuen Steuern belasten das Unternehmen mit etwa 1 Prozent des Umsatzes. Löhne und Gehälter sind ebenso wie die Teuerungszulagen gestiegen. Die Teuerungszulagen betragen vom 1. Oktober an 40, 45 und 50 Proz. An Unterstützungen für Kriegsteilnehmer wurden im ersten Halbjahr 1918 insgesamt 95 000 Mk. aufgewandt. Die Unkosten sind etwa 300 000 Mk. höher trotz des gefallenen Gesamtumsatzes. Die Produktivbetriebe müssen das Handelsgeschäft stützen. Bei der Bäckerei ist der Bruttogewinn etwas höher als im Vorjahre. Die Schlachterei setzte im ersten Halbjahr 1918 im Kleinhandel 3 420 712,67 Mk. (1 919 917,56 Mark weniger als in der ersten Hälfte des Jahres 1917), im Großhandel 4 313 194,88 Mk. (3 715 868,99 Mk. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres) um, so daß der Gesamtminderumsatz rund 5,7 Millionen Mark betrug. Die Konservenfabrik Marienthal ist nach Lodz verlegt und dort am 1. September eröffnet worden. Die Tagesproduktion beträgt daselbst vorerst 7000 bis 8000 Dosen. Die Nebenbetriebe haben eine normale Entwicklung genommen. Auf dem Gut Schwanheide konnte die Ernte trocken hereingebracht werden. Der Viehbestand hat sich gegen das Vorjahr verringert. Die drei Molkereien in Schwanheide, Eddelak und Hemmingstedt arbeiten unter schwierigsten Verhältnissen und mit Verlust. Neu in Betrieb genommen wurde eine Möbelfabrik, die Hausrat, in erster Linie für die Kriegsgetrauten, anfertigen soll, doch ist dieser Zweig erst in den Anfängen. An Stelle der verstorbenen Frau Steinbach wurde der Reichstagsabgeordnete Karl Hildenbrand in den Aufsichtsrat gewählt.

Osnum. Ein Riesenprozeß gegen Eisenbahnangestellte. Wegen großer Eisenbahndiebstähle auf dem hiesigen Bahnhof ist gegen 43 Eisenbahnangestellte eine Voruntersuchung eingeleitet worden. Vierzehn Beschuldigte sitzen in Flensburg in Haft, wo auch im nächsten Monat die Angelegenheit vor dem Schwurgericht verhandelt wird.

Neueste Nachrichten.

Die Antwort Wilsons im Spiegel der Presse.

Berlin, 10. Oktober. In richtiger Würdigung des außerordentlichen Ernstes der Stunde legt sich die Presse in ihren Betrachtungen über die Wilsonschen Rückfragen Beschränkungen auf. Nur die rechts stehende Presse vermag ihren Unmut nicht zu verbergen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Daß wir die Vorbedingung, die Wilson stellt, für eine ganz unannehmbare Zumutung halten, brauchen wir wohl kaum erst zu sagen. — Aehnlich äußert sich die „Kreuzzeitung“: Wenn Wilson diesmal nicht kurzer Hand ein rundes Nein gefunden hat, so liegt dies natürlich an dem Inhalt unseres Angebots, das den Kriegszielen Wilsons auf den Leib geschrieben ist.

Hoffnungsvoll äußert sich die „Germania“. Das Zentrumsblatt schreibt: Die neue Friedensaktion ist nicht unbedingt hoffnungslos. im Gegenteil, man darf wohl erwarten, daß sich eine Verständigung, so schwer sie auch scheinen mag, allmählich herbeiführen läßt. — Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ sagt: Wie auch immer die Entscheidung fallen mag, so muß das deutsche Volk sich bewußt bleiben, daß die Männer, die auf Grund genauer Kenntnis aller Tatsachen ihren Spruch fällen, kein anderes Interesse vertreten, als das, Deutschlands Wohl und Zukunft zu wahren. — Die „Berl. Börsenztg.“: An der unendlichen schweren Lage, in die das Deutsche Reich jetzt gekommen ist, ist gewiß nicht zum letzten die bisherige Vermischung der militärischen und politischen Gewalten schuld gewesen. Die Geschichte wird einst feststellen müssen, ein wie großes Unglück dem deutschen Volke aus der langen und unheilvollen Epoche entstanden ist, in der die politischen Faktoren und der militärischen Macht so gut wie zur Ohnmacht verdammt waren.

In der „Voss. Ztg.“ wird ausgeführt, daß die Weiterführung mit dem gebotenen Nachdruck, aber mit sorglicher Abwägung aller Schwierigkeiten und Bedenken vorgenommen wird, kann mit Sicherheit angenommen werden.

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt: Es ist nötig, daß man in diesem Augenblick auf störendes Dreinreden verzichtet und nicht durch Ausbrüche seiner Leidenschaft, durch geistreiche Kritiken und durch staatsmännische Ratschläge die Aufgabe der Regierung noch mehr erschwert.

Der „Vorwärs“ endlich schließt seine sachlichen Betrachtungen wie folgt: Den ungeduldig Harrenden dürfen wir heute zurufen: Seid guten Mutes und voll Zuversicht. Nicht lange kann es mehr dauern, bis das Morden endet. Ein paar Monate später sollen wir uns in einer Welt wiederfinden, die ihre Kinder nicht mehr für die Schlachtbank erzieht. Von dem Furchtbaren, was wir erlebten, werden wir uns innerlich befreien, wenn wir zum Schluß die Ueberzeugung aussprechen: Dies war der letzte Krieg.

Die Konservativen für Einberufung des Reichstages.

Berlin, 10. Oktober. Wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, hat die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages den Antrag gestellt, zur Besprechung der Wilsonschen Antwort auf das deutsche Friedensangebot vom 5. ds. Mts. sofort eine Sitzung des Plenums des Reichstages einzuberufen.

Eine sozialistische Friedensaktion.

Genf, 9. Oktober. Der Lyoner „Progres“ meldet, daß Troelstra im Anschluß an den Friedensschritt der Mittelmächte eine neue große Friedensaktion der internationalen Sozialdemokratie eingeleitet habe.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Beleuchtungsnot.

Vor mehreren Wochen wurden von der Polizeibehörde alle diejenigen Haushaltungen, die für den kommenden Winter mit den notwendigsten Beleuchtungsmitteln schlecht versehen seien, aufgefordert, sich möglichst mit Karbid zu versehen, da hiervon genügende Mengen zur Verfügung ständen; es wurde sogar von 3 Kilo pro Lampe und Monat gesprochen. Zwei Wochen später erschien dann wieder eine amtliche Aufforderung, sich zur Karbidliste bei den Händlern anzumelden, da voraussichtlich sehr wenig Petroleum verteilt werden könne, und verhältnismäßig nur sehr wenige in der Karbidliste sich haben eintragen lassen. Daraufhin ließen sich nun alle diejenigen eintragen, die eben für den kommenden Winter mit Beleuchtungsmitteln knapp versehen sind. Der Schreiber dieses fiel auf diese amtliche Aufforderung denn auch wie so viele andere, gründlich hinein. Ich ließ mich in die Liste bei einem Händler eintragen, kaufte mir eine von den teuren Karbidlampen, und als ich zur richtigen Zeit mir die amtlich versprochenen 2 Kilo Karbid holen wollte, da sagte mir der Händler: Ihr Name ist gestrichen! — Mit einem derben Fluche auf die Verteilungsbegabung unserer hohen Polizeibehörde verließ ich den Laden. Nun habe ich eine Karbidlampe ohne Karbid! Und das von Polizei wegen! Jetzt habe ich mir einen Leuchter gekauft, denn nun warte ich auf die versprochenen Kerzen. Sollen sie die vielleicht zu Weihnachten auf den „Gabentisch“ gelegt bekommen?

Ein Reingefallener.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Einschränkung des Brennstoffverbrauchs.

(Siehe Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 18. Oktober 1917.)

§ 1. **Heizumfang.**

In Wohnungen mit Ofenheizung dürfen höchstens 2 bewohnte Räume dauernd geheizt werden. Ist die Küche als Wohnküche eingerichtet, so gilt sie als bewohnter Raum.

In Wohnungen mit Sammelheizung dürfen in der Regel nicht mehr als 2 Zimmer geheizt werden. Die Zimmer sollen nebeneinander liegen, ein Wechsel der Zimmer soll nicht stattfinden.

Erfordert der Beruf eines Mitbewohners die Heizung eines weiteren Zimmers, so ist dies gestattet. Bei Berufen, welche außerdem die Heizung eines Warteraums erfordern, darf ein solcher mäßig geheizt werden.

Ueber weitere Ausnahmen, bedingt durch größere Familie, Vorhandensein kleiner Kinder, kranker, ältlicher oder schwächlicher Personen, entscheidet die Ortskohlenstelle.

In Gasthäusern und Pensionaten dürfen außer einem gemeinsamen Aufenthalts- oder Speiseraum nur die von der Ortskohlenstelle dafür freigegebenen Räume für die Gäste und Fremden geheizt werden.

§ 2. **Heizdauer.**

Es ist verboten:

1. bei einer Außenwärme von mehr als 11 Grad Celsius für Wohnzwecke zu heizen;
2. Gewächshäuser, welche nicht gewerblichen Zwecken dienen, zu heizen, solange die Außenwärme nicht unter den Gefrierpunkt sinkt.

§ 3. **Heizstärke.**

Durch Behandlung der Heizanlagen ist in dauernd geheizten Räumen dafür zu sorgen, daß im allgemeinen die Raumwärme nicht übersteigt:

18 Grad Celsius in Wohnräumen und Bureaus,
16 Grad Celsius in Verkaufs- und Versammlungsräumen, Unterhaltungs- und Vergnügungsstätten, Gastwirtschaften,
14 Grad Celsius in Fabriken und Werkstätten, sofern die Betriebsart keine höhere Wärme erfordert,
8 Grad Celsius in Gewächshäusern.

§ 4. **Lüftung.**

Verstellbare Abluftklappen in Fenstern und Oberlichtern und obere Abluftklappen sind in dauernd geheizten Räumen geschlossen zu halten.

Künstliche Lüftungsanlagen in Fabriken und Werkstätten, Verkaufs- und Versammlungsräumen, Unterhaltungs- und Vergnügungsstätten dürfen jeweils nur kurze Zeit und nur bei dringendem Bedarf, bei einer Außenwärme von weniger als 10 Grad Celsius aber überhaupt nicht betrieben werden.

§ 5. **Warmwasserbereitungsanlagen.**

Zentrale Warmwasserbereitungsanlagen dürfen nur in der Zeit von Sonnabends morgens 6 Uhr bis Sonntags mittags 1 Uhr, in Gasthäusern aber überhaupt nicht betrieben werden.

Warmbadeanstalten sind an 4 aufeinanderfolgenden Tagen in der Woche geschlossen zu halten.

Zulässig ist der Betrieb von Warmwasserbereitungsanlagen

1. in Krankenanstalten und Erholungsstätten, die unter ärztlicher Aufsicht stehen,
2. für die Bereitung von Brausebädern in Fabriken und gewerblichen Anlagen.

Ueber den Gebrauch von Warmwasserbereitern mit Gasfeuerung bestimmt die Verordnung vom 9. August 1917 (Lüb. Anz. Nr. 371).

§ 6. **Aufsicht.**

Den in Uniform befindlichen oder mit amtlichem Ausweis versehenen Beauftragten des Polizeiamts ist auf Verlangen zu allen mit Heizvorrichtungen versehenen Räumen Zutritt zu gewähren.

§ 7. **Strafe.**

Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gleiche Strafe trifft den Vorstand und die Leiterin des Haushalts, den Inhaber oder Leiter des Gewerbebetriebs oder Betriebsteils, in welchem die Zuwiderhandlung von einem andern begangen worden ist, wenn er es bei der Beaufsichtigung der Heizanlagen und ihrer Bedienung auf die Durchführung dieser Verordnung hin an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

Lübeck, den 17. November 1917. 4936

Das Polizeiamt

Dritter Verkauf von Zwiebeln.

Von Freitag, dem 11. Oktober ab bis zum 21. Oktober 1918 kann für jede Person, welche im Besitze eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist,

ein Pfund Zwiebeln zum Preise von 30 Pfg. für das Pfund

bei allen von der Städt. Obst- und Gemüsestelle belieferten Gemüsehandlungen gegen Abgabe des Abschnittes 91 der Warenkarte des Lebensmittelbuches oder der Lebensmittelkarte entnommen werden. Auf den Abschnitt Kaffee-Ersatzmarke Nr. 23 darf noch bis zum 12. Oktober ½ Pfund Zwiebeln, soweit noch nicht bezogen, entnommen werden. Der Abschnitt 85 der Warenkarte ist jetzt ungültig.

Die Kleinhändler haben die Marken auf Klebebogen aufgeklebt und zwar die Kaffee-Ersatzmarke Nr. 23 und die Warenkarte 91 getrennt an den Großhändler sofort abzuliefern, der ihnen die Zwiebeln geliefert hat. Zuwiderhandlungen werden gemäß den bestehenden Vorschriften bestraft.

Lübeck, den 9. Oktober 1918. (4950

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (4938
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Danksagung.

Allenen den, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, für die reichen Kranzspenden, sowie Herrn Pastor Beckemeier für seine trostreichen Worte unsern herzl. Dank.
4949 **Karl Wulff** nebst Kindern.

Gesucht ein (4945
größeres Schulmädchen
für die Nachmittagsstunden.
Wiencke, Schwartau,
Lübecker Straße 4.

Verloren eine Herrenuhr von Glandorpstr. bis zum Einsegel. Abzugeben gegen Belohnung.
4951) Glandorpstr. 28.

Möbel!

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen, sowie sämtliche Einzel-Möbel in großer Auswahl zu billigen Preisen. (4946

Vereinigte Möbel-Kaufhäuser
Königstr. 73, (Ecke Hüxstr.
u. Hüxstraße 47.

Dr. Klotz
Direktor des Kinderhospitals und staatlicher Kinderarzt. 4934
Sprechstunde 3—4 Uhr nachm. im Kinderhospital.

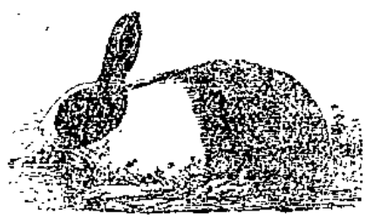
Bilderleisten einrahmungen 4940
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 4935
Donnerstag, den 10. Oktober
Das Extemporale.
Lustspiel in 3 Akten von Sturm und Färber.
Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 11. Oktober
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Anfang 7 Uhr.
2. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 12. Oktober
Undine.
Romant. Zauberoper v. Lortzing
Anfang 7 Uhr

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein Geschäft nach
Hüxstrasse 50.
Für das mir bisher in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch nach meinem neuen Geschäftslokale übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
4937 **Oldorf,**
Lübeck, 11. Oktober 1918. Büchsenmacher.

Blockwagen, Leiter- u. Wirtschaftswagen, extra stark, bis 8 Ztr. Tragkr., gr. Ausw., bill. Preise.
C. Bliesath Wwe., Inhaber (4944 Carl Landwehr.

Nur noch 1 Tag
bis zur Eröffnung der I. Allgem. Kaninchenschau „Lubeca“ in den Stadthallen. (4941

Morgen, Freitag, mittags 1 Uhr

Eröffnung
Allgemeine Kaninchenschau „Lubeca“
in den Festsälen der Stadthallen.
Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.
4948) **Die Ausstellungsleitung.**

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4939
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar. Lubeca.

Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Donnerstag abend 7 Uhr:
Neu einstudiert!
Drei alte Schachteln.
Operette von Walter Kollo.
Freitag: (4943
Die ungetreue Adelheid.
Sonnabend:
Die Csardasfürstin.

Die langen Winterabende kommen, und stärker als sonst meldet sich das Bedürfnis nach guter Lektüre. Wer für diese Zeit vorsorgen will, der bestelle zum 1. Oktober die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“. — Es beginnt ein neuer Roman:

Der Schneider von Ulm von Max Eyth. Mit Bildern von Professor J. Damberger. — Es ist die prächtige Geschichte des Ulmer Schneiders Berblinger, der eine Lösung des Flugproblems versuchte, ein Vorläufer der modernen Flugzeugerfinder. Packende Seelenmalerei, erquickender Humor zeichnen dies Werk aus. Charakteristische Frauengestalten beleben den Roman, der zu den schönsten Erzeugnissen der volkstümlichen Literatur gehört und besonders auch der reiferen Jugend empfohlen werden kann. —

„In Freien Stunden“ erscheinen wöchentlich für 20 Pf. und bringen außer dem Hauptroman in jedem Heft eine zweite Erzählung, Skizze oder Humoreske, ferner interessante Aufsätze, Notizen und Bilder aus allen Wissensgebieten, Ratschläge für Haus und Küche, Rätsel, Scherz und Satire.

Unterzeichneter bestellt:
In Freien Stunden
Heft 1 und folgende
(in jeder Woche 1 Heft für 20 Pf.)
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Der Bestellzettel ist an unsere Expedition einzusenden!

Nr. 238
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonntag, den 10. Oktober 1918

Um die Zukunft des Sozialismus.

Am Tag der Veröffentlichung der deutschen Friedensnote hat das Zentralorgan unserer Partei, der „Vorwärts", an die Arbeiterklasse Deutschlands einen eindringlichen Appell gerichtet, den Richtungsstreit einzustellen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung wenn nicht sofort herbeizuführen, so doch einzuleiten und vorzubereiten. Wenn die Völker, so wurde dort gesagt, mit einander Frieden schlössen, sollten die deutschen Arbeiter einander nicht an die Kehle fahren. Der Uebergang zur Friedenswirtschaft stelle die Arbeiterklasse vor die ungeheuersten Probleme, die nur im Geiste des Sozialismus gelöst werden könnten. Die nächste Aufgabe sei die Aufhebung der gesellschaftlichen Klassenunterschiede, sie erfordere die ganze Hingebung der Arbeiterklasse. „Darum," schloß der „Vorwärts", „laßt in werdender neuer Welt unnütz Erinnern, verderblichen Streit begraben sein."

Darauf antwortet die Parteileitung der Unabhängigen mit einem Aufruf, der die schärfste Kampfansage gegen die deutsche Sozialdemokratie darstellt. Der Aufruf enthält keine einzige Forderung, die nicht auch von der sozialdemokratischen Partei ebenso oder ganz ähnlich gestellt wurde, überschlägt sich aber in Anklagen gegen die sozialdemokratische Partei, deren Unsinnigkeit für jeden, der nüchternen Denkens noch fähig ist, offen zutage liegt.

So wird z. B. behauptet, die sozialdemokratische Partei verfechte nicht die Forderung der Amnestie. Nun hat der „Vorwärts" in seinen eben zitierten Artikel vom 6. Oktober die Amnestie nicht nur gefordert, sondern, was etwas mehr ist, sie angekündigt. Fordern ist leicht und bequem, das wissen wir aus alter Zeit. Durchsetzen ist schwerer. In diesem Falle hatte aber die Sozialdemokratie schon ein gut Stück des Geforderten durchgesetzt, ehe noch die Unabhängigen mit dem Fordern begannen.

In dem Aufruf wird weiter gesagt, die Sozialdemokratie sei in die Regierung berufen worden, um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sie habe die Forderung aufgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von der Sozialdemokratie ausgenützt werden müsse, an Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen. In dem programmatischen Artikel des „Vorwärts" vom 6. Oktober wird genau das Gegenteil davon klar ausgesprochen. Daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Geellschaft stützen will und den Sozialismus preisgibt, ist weiter nichts als eine Wahnvorstellung, die den Unabhängigen von ihrem krankhaften Haß gegen ihre einstigen Parteigenossen eingegeben ist. Allerdings, das geben wir zu: Wir betrachten den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische nicht als die Aufgabe der nächsten vierzehn Tage oder drei Wochen. Die Aufgabe dieser nächsten Zeitpause ist, einen gesicherten Frieden für alle Völker der Welt herzustellen und die Umwandlung Deutschlands in ein demokratisches Staatswesen zu vollziehen. Das ist, wie wir ohne weiteres zugestehen, noch nicht alles, aber es ist doch immerhin schon etwas, und wenn die Sozialdemokraten zu diesem nächstliegenden Zweck in die Regierung eingetreten sind, so wird man das allgemein, von einem kleinen Häuflein eingeschworener Fanatiker abgesehen, sehr gut begreifen.

Der Aufruf der Unabhängigen sagt, die sozialdemokratische Partei sei ohnmächtig und einflußlos gewesen, solange das Kriegsglück den Imperialisten günstig war, obwohl sie oder richtiger, weil sie Kriegskredite bewilligte. Darauf wird die Frage erlaubt sein, zu welcher Macht und zu welchem Einfluß die Unabhängigen dadurch gelangt sind, daß sie die Kriegskredite verweigerten, und wieviel Sekunden der Krieg dadurch verkürzt worden ist. Die Sozialdemokratie hat die Forderungen ihrer auswärtigen und inneren Politik allerdings nicht durchsetzen können, solange die bürgerliche Welt im Siegesrausch schwelgte, in manchen Augenblicken schien sie wirklich beinahe so einflußlos wie die Unabhängigen. Aber all das, was in den letzten Tagen geschehen ist und von dem selbst die Unabhängigen gesagt haben, daß es gut ist, ist doch nicht von den Unabhängigen, sondern von den Sozialdemokraten gemacht worden. Die Unabhängigen taten bei dieser Gelegenheit, was sie immer tun: sie standen mit den Händen in den Hosentaschen dabei und versicherten, sie könnten das alles viel besser.

Nebenbei, wenn der unabhängige Aufruf bei dieser Gelegenheit von einer Politik der „Scheidemann und Ebert, David und Lensch" spricht, so muß dies niedliche Kunststück gleich zurückgewiesen werden. Die Theorien des dem Kreise Radeks entstammenden Genossen Lensch sind stets dessen geistiges Privateigentum geblieben, und sie haben auf die Politik der Partei niemals den allergeringsten Einfluß ausgeübt. Lensch, der in den ersten Monaten des Krieges auf Seiten der Unabhängigen stand und dann plötzlich ganz rechts hinüberfiel, ist ein interessanter Eingänger und gar nichts anderes.

Der Aufruf der Unabhängigen nennt schließlich als sein Ziel die sozialistische Republik. Daß dies einfach das alte sozialdemokratische Ziel ist, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Wenn die Unabhängigen damit etwas Besonderes vor uns voraus haben wollen, so müssen sie schon erklären, wir hätten es aufgegeben, was uns natürlich niemals eingefallen ist. Wenn ein Unterschied der Auffassungen bestehen sollte, so könnte er höchstens die Methode betreffen, aber selbst das scheint nicht der Fall zu sein, da der Aufruf von „tiefen Umwälzungen" und „Umgestaltungsprozessen" spricht, also mit Ausdrücken operiert, die wir uns vollständig zu eigen machen können. Auch die Unabhängigen sind ebenso wie wir, um die russische Terminologie zu gebrauchen, Menschewiki, der Unterschied besteht nur darin, daß wir das offen aussprechen, während es die Unabhängigen mitunter lieben, sich bolschewistisch zu kostümieren, um zu zeigen, daß sie doch ganz andere Kerle sind als wir.

Wie zum Hohn proklamiert der unabhängige Aufruf zum Schluß „die Einigkeit des Proletariats unter dem unbefleckten Banner der Unabhängigen". Diese „Einigkeit" ist natürlich gar nicht anders als durch die Zertrümmerung der ganzen Arbeiterbewegung zu erreichen, die bisher, von einer kleinen Minderheit abgesehen, im Lager der Sozialdemokratie steht. Wäre diese „Einigkeit" überhaupt zu erreichen, so nur auf dem Wege eines vieljährigen zerrüttenden Kampfes innerhalb der Arbeiterklasse selbst, und das in einem Augenblick, der näher denn je festen Zusammenhalt, unbedingte Solidarität, stärksten Ausbau der Organisation erfordert.

Das beste, was man von den Unabhängigen nach ihrer neuesten Leistung sagen kann, ist, daß ihre Methode der Zukunft des Sozialismus weiter nicht schaden wird, weil sie nicht einmal dazu imstande ist.

Lenin über die organisatorische Aufbauarbeit des Proletariats und die Aufgaben der Presse.

Lenin ist soweit wieder hergestellt, daß er an der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Bolschewiki wieder teilnehmen konnte. Sogleich hat er auch seine geistige Arbeit dafür wieder aufgenommen, daß die Hauptkraft des Proletariats auf das positive Schaffen am Bau des neuen Gesellschaftskörpers gerichtet sein müsse. In der „Prawda" vom 20. September schreibt er über die bolschewistische Presse:

Es wird übermäßig viel Raum der politischen Agitation nach alten Stoffen, dem politischen Feuerwerk gewidmet. Unverhältnismäßig wenig Raum steht für den Wiederaufbau des neuen Lebens, den diesbezüglichen Tatsachen und immer wieder den Tatsachen zur Verfügung.

Warum kann man nicht mit 10—20 Zeilen so einfache, allgemein bekannte, klare, von den Massen bereits in hohem Maße richtig erfaßte Erscheinungen abtun wie den niedrigen Verrat der Menschewiki, der Lakaien der Bourgeoisie, wie die englisch-japanische Offensive zur Wiederherstellung der geheiligten Rechte des Kapitals, das Zähnefletschen der amerikanischen Milliardäre gegen Deutschland usw., statt sich auf 200—400 Zeilen mit diesen Dingen zu befassen? Gesprochen hierüber muß werden, jede neue Tatsache auf diesem Gebiet muß vermerkt werden, aber es brauchen hierüber keine Artikel, keine langatmigen Darlegungen und Wiederholungen gebracht zu werden. Es genügt, den neuen Aeußerungen der alten, bereits bekannten und gekennzeichneten Politik wenige Zeilen im Depeschenstil zu widmen.

Die bürgerliche Presse hat „in der guten, alten Zeit" das Allerheiligste, die inneren Verhältnisse in den Privatbetrieben und Privatwirtschaften nicht berührt. Dies entsprach den Interessen der Bourgeoisie. Wir müssen uns von solchen Gepflogenheiten radikal freimachen. Der Typus unserer Zeitungen hat sich noch nicht so geändert, wie dies in einer Gesellschaft, die vom Kapitalismus zum Sozialismus übergeht, der Fall sein müßte.

Weniger Politik! Die Politik ist völlig „geklärt". Sie läuft auf den Kampf zwischen zwei Lagern hinaus: dem aufständischen Proletariat und einem Häuflein kapitalistischer Sklavenhalter und ihrer Meute, einschließlich der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre. Ueber diese Politik kann und muß man, wie ich wiederhole, sprechen, aber nur kurz.

Mehr Oekonomie! Aber Oekonomie, nicht im Sinne „allgemeiner" Redensarten, gelehrter Uebersichten, intellektueller Pläne und ähnliches Gewächses, das — leider — nur allzuoft Gewösch ist. Nein, wir bedürfen der Oekonomie im Sinne der Sichtung, der eingehenden Kontrolle und des Studiums der Tatsachen des wirklichen Aufbaues eines neuen Lebens. Haben die großen Fabriken, landwirtschaftlichen Kommunen, die Komitees für die Armen, die örtlichen Volkswirtschaftsräte auch in Wirklichkeit Erfolge zu verzeichnen beim Aufbau des neuen Wirtschaftslebens? Welches sind diese Erfolge? Sind sie erwiesen? Handelt es sich da vielleicht um Fabeln, Wichtigtuerei, intellektuelle Versprechungen („kommt in Gang", „der Entwurf ist fertig", „wir machen alle Anstrengungen", „nunmehr garantieren wir", „eine Besserung ist zweifellos zu verzeichnen" und andere mehr marktschreierische Phrasen, die „wir" so meisterlich zu handhaben verstehen)? Wodurch sind die Erfolge erzielt? Wie könnte man sie erweitern?

Wo bleibt das schwarze Brett der rückständigen Fabriken, die nach der Nationalisierung ein Muster von Unordnung, Zerfall, Schmutz, Hooliganiun und Nichtstuerei geblieben sind? Es fehlt. Solche Fabriken sind aber vorhanden. Wir sind aber unfähig unsere Pflicht zu erfüllen, wenn wir diesen „Beschützern der kapitalistischen Traditionen" nicht den Krieg erklären. Wir sind keine Kommunisten, sondern Lumpensammler, solange wir schweigend solche Fabriken dulden. Wir verstehen es nicht, den Klassenkampf in unseren Zeitungen so zu führen, wie dies die Bourgeoisie getan hat. Denket daran, wie sie in der Presse gegen ihre Klassenfeinde gehetzt hat, wie sie sie verhöhnt, geschmacht, ihnen das Leben unerträglich gemacht hat. Wir dagegen? Besteht denn der Klassenkampf in der Uebergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht im Schutze der Interessen der Arbeiterklasse, gegen jene Grüppchen und Arbeiterschichten, die hartnäckig an den Traditionen des Kapitalismus festhalten und deren Stellungnahme gegenüber dem Staat der Räteregierung wie früher nach dem Gesichtspunkt erfolgt: **für „ihn" (den Staat) recht wenig und recht schlechte Arbeit liefern und ihm möglichst viel Geld abnehmen. Ist denn die Zahl solcher Lumpen, beispielsweise unter den Setzern der Rätedruckereien, unter den Arbeitern der Sjormowo- und Putilow-Werke u. a. m. gering?** Wieviele von ihnen haben wir abgefaßt, wieviele überführt, wieviele an den Pranger gestellt!

Die Presse schweigt hierüber. Und wenn sie schreibt, so tut sie es in der Art von amtlichen Verlautbarungen, nach Beamtenmanier und nicht, wie es einer revolutionären Presse, wie es eines Organs der Klassendiktatur würdig ist, die durch ihre Taten den Beweis erbringt, daß der Widerstand der Kapitalisten und der die kapitalistischen Gewohnheiten hütenden Nichtstuer mit eiserner Faust gebrochen werden wird.

Das gleiche gilt vom Kriege. Stellen wir feige Heerführer und Schlafmützen an den Pranger, brandmarken wir von ganz Rußland unfähige Regimenter? Haben wir eine genügende Anzahl schlechter Beispiele „abgefaßt", die wegen Unfähigkeit, Interesselosigkeit, Verspätung usw. unter dem größten Lärm aus dem Heere gestoßen werden müßten? Bei uns fehlt es an sachlichem, rücksichtslosem, wahrhaft revolutionärem Kampf gegen die konkreten Träger des Uebels. Bei uns mangelt es an der Erziehung der Massen an lebendigen, konkreten Beispielen und Mustern auf allen Gebieten des Lebens. Dies aber ist die Hauptaufgabe der Presse in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wir schenken zu wenig Aufmerksamkeit dem Alltagsleben im Innern der Fabrik, des Dorfes, des Heeres, wo

---

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

21. Fortsetzung.

Er fuhr nach München und wußte, dort angekommen, nicht, was er dort wollte. Er schlenderte planlos durch die Straßen und hatte das Gefühl, verkauft zu sein. Er besuchte Cafees und Theater und langweilte sich tödlich. Er knüpfte auch, von einer grauen Verzweiflung gepackt, galante Bekanntschaften an, löste sie aber schon wieder, kaum, daß sie ein paar Minuten gedauert hatten. Mit keinem Menschen kam er in Fühlung, immer gähnte zwischen ihm und den anderen ein toter Raum.

Er kam nach Innsbruck. Es entging ihm nicht, daß Töne und Farben hier anders waren, und er blieb auch eine Weile neugierig um bald darauf doppelt enttäuscht zu werden, da er dem Neuen in dieser Stadt um keinen Schritt näher kam. Er merkte es, daß die Menschen in seiner Gegenwart stiller wurden oder gar verstummten, sicher aus dem instinktiven Verdacht heraus, einen vor sich zu haben, der ihnen irgendwie feind war. Und er dachte mit Erbitterung an das Mal auf seiner Stirn, das, ohne sichtbar zu sein, doch immer fühlbar blieb.

Er schickte Prokop mit dem Gepäck über den Brenner voraus und wandte sich selbst in tagelangen Fußmärschen südwärts. Die Einsamkeit tat ihm schließlich doch wohl. Wie Menschenhasser, um des in ihnen brach liegenden Ueberschusses an Liebe ledig zu werden, sich oft mit einer für sie erstaunlichen Zärtlichkeit Tieren und der Natur zuwenden, so liebte es auch Reisner jetzt, stundenlang im Walde dem Rauschen der Bäume zu lauschen, seinen Blick voll nachdenklicher Melancholie an den Wolken hängen zu lassen und mit Hunden, Vögeln, Käfern stille Gespräche zu führen.

Er kam allmählich bis Brixen und dann immer südlicher nach Bozen. Dort erwartete ihn Prokop. Er schickte ihn abermals voraus, diesmal bis Meran, um ihm auch ein zweites Mal als Fußgänger zu folgen, jetzt ein sonniges, warmes, blühendes Tal durchschreitend, das, von einem tiefblauen Himmel überwölbt, in der Ueppigkeit seines saftigen Grüns einem paradiesischen Treibhaus glich.

Ueber diesem neuen Himmel stahl sich ganz jäh eine ihm noch neue Heiterkeit in sein Herz. Er erwachte eines Morgens in einem Landgasthof, von der summenden Wärme draußen geweckt, die durch die offenen Fenster in breiten Wellen zu ihm hereinfloß.

Er sprang aus dem Bett, wusch sich kalt und saß dann unten in der Veranda beim Frühstück, von einem jungen Mädchen bedient, dessen blendend weiße Schürze alle Strahlen der Sonne auf sich zu ziehen schien.

Das Mädchen lachte ihn freundlich an und begann ein Gespräch mit ihm, in dessen Verlaufe er erfuhr, daß dieses Kind kaum siebzehn Jahre alt war, Klara hieß und aus einem Dorfe in der Nähe Klagenfurts hierher in Stellung gekommen war, die ihre erste war.

Klara sprach ein reines Deutsch, in dem der weiche Dialekt der Kärntnerinnen kaum wahrnehmbar war. Sie hatte jene biegsame Schlankheit, die nicht ohne beginnende Fülle ist. Ihre Augen und ihre Haare waren braun und sie hatte kleine, fleischige Hände, die noch nicht schwer gearbeitet hatten.

Reisner bat sie, sie möchte mit ihm eine Stunde spazieren gehen. Sie sagte auch zu. Und des Abends schritten sie wirklich nebeneinander auf einem Wiesenpfad, der durch Büsche und Gestrüpp zu einer uralten Ruine hinaufführte, in deren düsteren, zerfallenen Toren, Bogenfenstern und Mauern ein romantischer, kühler Moder hing.

Es wurde dunkler, und sie saßen nebeneinander auf einer Bank, ohne mehr als dann und wann einen halben Satz zu reden. Es war auch nicht nötig, daß sie sich mit Worten verständigten, denn etwas ganz anderes war zwischen ihnen, das sie einander nahe brachte und sie eng miteinander verband. Es war dies die geheimnisvolle Kraft eines dunklen Verlangens, das aus ihnen beiden aufwuchs und das sich danach sehnte, von dem andern gefühlt und gestillt zu werden. So legte Reisner nur stumm den Arm um Klara und küßte sie auf den Mund, der ihm entgegenblühte, jung, durstig und stark . . .

Als wäre damit alles zwischen ihnen ins reine gekommen, fanden sie nun auch Worte, um sich zu sagen, daß sie einander gern hätten. Das „du" fiel zwischen ihnen und riß die letzten Schranken fort. Sie spürten, daß sie jung waren und das Recht hatten, jung zu sein. Ihre Zuneigung zueinander hatte keine Hindernisse zu überwinden. Es war einfach so: sie nahmen einander und gaben einander wieder frei . . .

„Morgen gehe ich wieder," sagte Reisner, „immer weiter, und ich weiß doch nicht, wohin. Aber ich werde immer gern an dich denken . . . Hattest du schon einen Schatz?"

„Nein," sagte sie, gleichsam verwundert darüber, daß es so war, wie sie sagte.

„Aber du wirst bald einen bekommen, denn du bist schön, . . . sehr schön!"

Sie lachte lautlos, und in diesem Lachen lag etwas Schmachtendes und etwas, das für den Augenblick doch satt war, weil sie ja nun wußte, wie die Liebe war, von der sie zum ersten Male gekostet hatte. „Du sahst heute früh so bös aus," gestand sie ihm, „ich fürchtete mich vor dir!"

„Und jetzt? Bin ich bös?"

„Nein, nein . . ."

„Und fürchtest du dich vor mir?"

„Gar nicht," sagte sie und schlang beide Arme um ihn, und er erkannte in ihrem warmen, pochenden Blut dieselbe Mahnung, die ihm jüngst nur die Blumen zugerufen hatten: grüble nicht, lebe!

Er setzte am nächsten Morgen seine Fußwanderung fort, aber er tat es mit einer genießerischen Langsamkeit, wie einer mit Bedacht bei einem Genuß verweilt, der ihm ursprünglich aufgegangen ist und den er bis zu den letzten Zügen auschlürfen möchte.

Noch nie in seinem Leben hatte er getrunken. Er erfuhr jetzt, welche verfeinernden und das Lebensgefühl steigernden Wirkungen der Wein haben konnte, wenn man es verstand, ihn zur rechten Zeit und an rechter Stelle zu trinken.

Er kam nach Terlan und nach Eppan und saß stundenlang in kühlen Gärten, das Glas vor sich und einer sinnenden Zufriedenheit hingegeben.

Träume umgaukelten ihn und führten ihn in ein Land, in dem es wohl war, zu leben. Alle Dinge verloren ihre Schärfen und Härten, ein lieblicher Schleier hüllte sie ein, der nur ahnen ließ, wie schön sie waren, und den man in begnadeten Stunden lüftete, um sich mit dem Zauber, der hinter ihm war, zu verschmelzen.

Es war etwas Wundervolles, nichts zu tun, nur zu ruhen. Auch sein Verstand, seine Vernunft, sein Wille legten sich hin und taten einen langen Schlaf. Und nur seine Phantasie war wach und begann ein Spiel, an dem sie nie ermüdete, weil die Farben und Formen, die sich wie im Tanz vor ihm drehten, unablässig wechselten und immer neue und immer kühnere Ueberraschungen boten.

Die Zeit glitt langsam vorüber und nickte zufrieden, weil sie sah, daß sie in Wahrheit ausgenützt, nicht verschwendet war. Unermeßlich sind die Möglichkeiten, die die Zeit bietet, und nur der ergreift sie, der die Zeit scheinbar mit Nichtstun vertut. Nur der Beschauliche genießt die Stunde, der Tätige hetzt blind an ihr vorüber, einem Ziele nach, das ihn narrt. Denn er stirbt eines Tages und weiß nicht, daß er gelebt hat.

Reisner wurde braun und in seine Augen kam Leben. Er aß um der Speisen willen, er machte Fußwanderungen, weil seine Glieder danach verlangten, und er gab sich dem Schlafe hin, weil eine wohlige Müdigkeit ihn dazu drängte.

Er hatte es für einige Zeit überwunden, sich sein Leben durch überflüssige Gedanken zu komplizieren und sich auf diese Weise künstliche Hemmungen zu schaffen, die in Wirklichkeit gar nicht da waren. Er sah, daß es zuweilen wohtat, wie ein Tier zu leben.

Fortsetzung folgt.

der größte Neuaufbau erfolgt, wo die größte Aufmerksamkeit, die größte Oeffentlichkeit, gesellschaftliche Kritik, Brandmarkung des Schlechten und Appell, am Guten ein Beispiel zu nehmen, vonnöten sind.

Weniger politisches Feuerwerk. Weniger intellektueller Darlegungen. Näher heran ans Leben. Mehr Aufmerksamkeit für das, wie die Arbeiter- und Bauernmasse durch die Tat Neues in ihrer alltäglichen Arbeit schafft. Mehr Kontrolle darüber, inwieweit dieses Neue kommunistisch ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

„Entgegen einer Zeitungsmeldung sind bisher über den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Reichstages noch keinerlei Bestimmungen getroffen worden."

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Reichstag angesichts der jetzigen Situation sofort zusammentritt.

Neuer Kriegsminister.

Der Kriegsminister v. Stein ist auf seinen Wunsch von seinem Posten enthoben worden. An seine Stelle tritt der Chef des Kriegsamts, Generalmajor Scheuch.

Steins Taten sind noch in frischer Erinnerung, sodaß es sich erübrigt, heute näher darauf einzugehen.

Entlassen.

Nach einer Privatmeldung aus Berlin haben die stellvertretenden kommandierenden Generale in Stettin und Magdeburg ihre Entlassung erhalten.

Bekanntlich wurden aus diesen Korpsbezirken ganz besonders heftige Klagen über die Handhabung der Zensur, des Schutzhaftgesetzes und des Vereins- und Versammlungsrechts erhoben.

Ein Befehl.

Nach übereinstimmenden Pressemeldungen besteht, wie uns ein Privattelegramm aus Berlin meldet, ein Befehl des Kaisers an die militärischen Befehlshaber, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten die kommandierenden Generale ihre Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten zu erlassen haben. Wenn ein Einvernehmen nicht zu erzielen ist, muß die Angelegenheit dem Obermilitärbefehlshaber vorgelegt werden, der aber **in allen diesen Angelegenheiten den Weisungen des Reichskanzlers zu folgen hat.**

Nachtragsetat für die neuen Reichsämter.

Nach der „Deutschen Parlaments-Korrespondenz" macht die Neuordnung der Reichsverwaltung durch Berufung einer Reihe neuer Staatssekretäre und die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes die Vorlegung eines weiteren Nachtragsetats zum Reichshaushaltsplane notwendig. **Die Ressorts verwaltenden Staatssekretäre beziehen 30 000 Mk. Gehalt und 14 000 Mk. Repräsentationskosten** und haben Anspruch auf **freie Wohnung,** nur der Staatssekretär des Auswärtigen hat ein um 6000 Mk. höheres Gehalt. Die neuernannten Staatssekretäre ohne Ressort werden aller Wahrscheinlichkeit nach die gleichen Bezüge wie die übrigen Staatssekretäre erhalten und dazu noch die Entschädigung für die nicht vorhandene Dienstwohnung, die sich wohl für jede Stelle bis zu 20 000 Mk. belaufen wird; in dieser Weise ist auch die Wohnungsentschädigung für die Staatssekretäre des Innern und des Reichswirtschaftsamtes berechnet. Für den Fall, daß der bisherige Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt werden sollte und die Vizepräsidentenstelle im Hauptamte unbesetzt bleiben würde, erübrigten sich Nachforderungen. Dem Präsidenten bezw. Vizepräsidenten stehen 36 000 Mk. Gehalt und 18 000 Mk. Aufwendungsgelder sowie freie Dienstwohnung oder entsprechende Entschädigung zu. Der Stellvertreter des Reichskanzlers bezieht 36 000 Mark Gehalt und 14 000 Mk. Repräsentationskosten und hat Anspruch auf freie Wohnung mit Geräteausstattung.

Die starken Männer ohne Rückgrat . . .

Die „Kreuzzeitung", das führende Blatt des feudalen Preußen, nimmt am Montag in einer schönen Elegie von dem Preußen Abschied, daß das ihrige gewesen. Der Anlaß erscheint bedeutsam genug, aus dem Abschiedsartikel einige Sätze festzuhalten. Es heißt da:

„Aber wir Preußen wollen uns in dieser ernsten Stunde zusammennehmen. Mit Würde und aufgerichtet empfangen wir den vernichtenden Schwertstreich des Sozialismus und der Demokratie. Aus der preußischen Königskrone sind die Juwelen herausgebrochen. Die starken Männer, die das preußische Wappen hüten, sind **ihres Rückgrates beraubt.** Das stolze und so soziale suum cuique („Jedem das Seine!" Red.), das den hohen Orden vom Schwarzen Adler ziert, hat Platz gemacht dem: **Allen alles, dem einzelnen nichts.** Es wird kein Preußen mehr geben, wenigstens nur ein geographisches Preußen. . . Jetzt liegt ihr Werk (der preußischen Könige und Bismarcks. Red.) in Trümmern. Der Geist der Selbstzucht, der Pflichttreue, der Aufopferung für den Staat, die Achtung vor der Persönlichkeit, der gesunde Vorwärtsdrang, die Unterordnung des Staatsgedankens unter das Persönliche, die Kraft und der Ruhm preußischen Soldatentums, sie sind den unklaren Tendenzen des Sozialismus und des Internationalismus geopfert. Die, die selbst oder deren Vorfahren so viel hingaben für Preußen und seinen König, sie sind jetzt zum Schweigen verurteilt. Brutal schreitet ein Teil des Volkes über den anderen hinweg. Die nationale Kultur wird geopfert einem verwaschenen Verbrüderungsgedanken, Schule und Kirche sind gefährdet. Das ästhetische Empfinden des einzelnen und die taktvolle Rücksicht, die Menschen untereinander haben sollen, können nicht gedeihen in einem Staate, dessen Grundauffassung es ist, das Einzelindividuum in die Zwangsjacke der Allgemeinheit zu stecken. Wir Deutsche haben den Vorzug der Gründlichkeit, wir neigen auch zum Doktrinarismus. Beide Eigenschaften sind aber nirgends so im Superlativ vertreten wie in der Sozialdemokratie. So wird das neue Regime den preußischen Gedanken, der Deutschland in den Sattel hob, mit Stumpf und Stiel beseitigen wollen; denn er reimt sich nicht mit der Weltauffassung der Sozialisten und Demokraten."

Die Herren von der „Kreuzzeitung" und ihre Auftraggeber haben in der Tat Anlaß zur Klage. Sie hatten an dem Staate Preußen, der jetzt zu Grabe geläutet worden ist, wirklich nichts auszusetzen. Dieses Land der Dreiklasseneinteilung seiner Einwohnerschaft, dieser Staat mit dem politischen Raritätenkabinett, Herrenhaus genannt, konnte uneingeschränkt als Junkerstaat bezeichnet werden. Dem hohen Lobe, das diesem Staate von dem „Kreuzzeitungs"-Lyriker gesungen wird, wird deshalb auch nur eine ganz dünne Schicht der Preußen zustimmen können. Ueber 90 Prozent aller Preußen weinen dem Gewalt- und Polizeistaat Preußen, wo Landrat, Bureaukrat und Büttel nach den Winken des Junkers regierten, keine Träne nach. Selbstzucht, Pflichttreue und Aufopferung waren die schönen Eigenschaften, die die Junker immer nur von den übrigen Preußen verlangten.

Der gesunde Vorwärtsdrang, von dem der Leichenredner der „Kreuzzeitung" noch redet, findet aber jetzt erst eine gangbare Straße. Diese führt allerdings in gerade umgekehrter Richtung als die, auf der sich dieser Vorwärtsdrang im Sinne der „Kreuzzeitungs"leute bewegt hat. Er führt nach links. Geradeaus nach links!

Spanien.

Das Ministerium hat aus bisher noch nicht bekannten Gründen demissioniert.

Aus der Partei.

Der Glückwunsch der dänischen Sozialdemokratie. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anläßlich der Demokratisierung Deutschlands ein herzliches Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Tage des Friedens und der politischen Befreiung des deutschen Volkes jetzt kommen möchten.

Soziales.

Zum Eheverbot für Lehrerinnen. Das Eheverbot wird fallen. Kein Zweifel. Wenn nicht aus anderen Gründen, so um deswillen, weil wir die wertvolle Kraft der verheirateten Frau als Lehrerin nach dem Kriege nicht entbehren können. Solch praktische Gründe schlagen in unserer auf das Praktische gerichteten Zeit noch immer am ehesten durch. Eher noch als die zum Beispiel in einer vor einigen Jahren in Berlin in einer vom Verein Frauenwohl einberufenen Versammlung angeführten Gründe, daß durch das Eheverbot 50 000 Lehrerinnen ihrer natürlichen Bestimmung entzogen und in einem Zeitraum von fünf Jahren dem Deutschen Reiche 150 000 „Qualitätskinder" verloren gehen würden. Nebenbei gesagt, hat sich seinerzeit der Landesverein preußischer Lehrerinnen gegen diese Begründung für die Aufhebung des Eheverbots gewendet. In recht erfreulicher Offenheit geht jetzt die frühere Lehrerin Marie Kern in einem im Charlotten-Verlag in Potschappel erschienenen Büchlein: „150000 ungeborene Qualitätskinder?" dem Eheverbot zu Leibe. Sie fragt: Warum bekennen wir nicht? Warum wollen wir die brennenden Sehnsucht unseres Herzens verheimlichen? Die Antwort gibt sich selbst darauf: Daß um Gottes willen niemand auf den Gedanken kommen könnte, wir sehnten uns nach der geschlechtlichen Vereinigung mit dem Mann, wir trügen Verlangen, unserer natürlichen Bestimmung gemäß zu lieben, nicht nur charitativ, sondern auch sexuell! Darum wurde die Forderung nach dem Eheverbot mit dem schamhaften Mäntelchen der Bevölkerungspolitik umhüllt. Kein Mann und keine Frau vereinigten sich in der ausgesprochenen Absicht, für den Staat Kinder zu produzieren. Ganz einfach und klar heißt die Forderung für die Lehrerinnen: Gebt uns das Recht auf die Liebe, dessen Krönung ganz gewiß die Mutterwerdung ist. Insofern sei der Ruf der Lehrerinnen nach Aufhebung aller Eheverbotsbestimmungen der Schrei nach der Mutterschaft. Die Lehrerin sei keine tote Lehrmaschine, sondern ein Weib, dessen schönster und natürlichster Beruf die Liebe sei. Sie sei keine Nonne, die in klösterlicher Abgeschlossenheit mit unverrückt auf den Himmel gerichteten asketischen Streben dahinlebe, sondern sei Fleisch und Blut, tiefempfindendes Geschlechtswesen, stehe mit beiden Beinen mitten in der Welt, in der die Menschen sich lieben. Auch in ihrem Schoße ruhten Menschenschätze der Zukunft. Wertvolle vielleicht, wenn auch nicht „Qualitätskinder" in der Regel. Nicht die Liebe zum Vaterlande könne sie heben, sondern die reine menschliche Liebe. Allerdings werde sich wohl nur ein kleiner Teil der Lehrerinnen verheiraten. Für sie aber dürfte der Eintritt in die Ehe nicht gleichbedeutend sein mit der Aufgabe der Lehrtätigkeit. Frau Kern formuliert die zu stellende Forderung dahin: „Man lasse die verheiratete Lehrerin ohne Kinder oder mit nur einem Kinde vollständig ihren Unterricht erteilen und gebe der verheirateten Lehrerin mit zwei und mehr Kindern auf ihren Wunsch hin Gelegenheit, planmäßig einige Kinder zu unterrichten." Können wir uns soweit der Argumentation Kerns ganz anschließen, so ist das doch anders mit einer weiteren Forderung, dahingehend, den nicht verheirateten Lehrerinnen die Pflicht aufzuerlegen, an Kindes Statt aus der großen Schar der unehelichen Kinder eines aufzuziehen. Wie die Durchführung ihres Vorschlages vor sich gehen könnte, hält sie für eine nebensächliche Frage. Allzu große Schwierigkeiten sieht sie nicht, hält sogar den Weg eines staatlichen Zwanges dazu für möglich. Uns scheint dieser Punkt doch zu sehr von rein subjektiven Wünschen diktiert und viel zu wenig durchdacht zu sein.

Ein sozialpolitisches Programm des Reichsversicherungsamts. Als solches dürfen wir wohl die zwar nur kurzen, aber inhaltreichen Ausführungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, ansprechen, die dieser auf einer Krankenkassentagung am 26. August in Coblenz machte. Schon auf der vorjährigen Tagung des Verbandes Deutscher Ortskrankenkassen hatte Dr. Kaufmann die Aufgaben geschildert, die an die Krankenkassen als die mit den breiten Massen eng verbundenen und von ihrem vollen Vertrauen getragenen mächtigen Förderer der Volksgesundheit herantreten werden. Die Bekämpfung der drei großen Feinde der Volksgesundheit, der Tuberkulose, der Trunksucht und der durch den Krieg verderblich vermehrten Geschlechtskrankheiten, die Beseitigung des Wohnungselends, die Sorge für Mutter, Kind und Familie werden dabei in erster Reihe stehen.

Nunmehr redet er einer Gemeinschaftsarbeit aller Versicherungsträger das Wort.

Schulter an Schulter mit den Krankenkassen würden bei dem Werke der Erneuerung und Vermehrung unserer lebendigen Wertquellen Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten die Hände rühren. Ihnen allen wird beratend und führend das Reichsversicherungsamt zur Seite stehen. Der Krieg habe aber gelehrt, daß nur durch straffes Zusammenfassen aller Kräfte und nur durch ihre zielbewußte Ausnutzung Großes geleistet werden könne. Auch in der Arbeiterversicherung würden sich die Aufgaben der Zukunft nur dann befriedigend lösen lassen, wenn anstatt eines nicht selten planlosen Neben- und Gegeneinanderarbeitens mit seinen bedauerlichen Reibungen, Kräfte- und Zeitverlusten Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten geschlossener als bisher vorgehen. Entbehrliche Aufwendungen an Geld und Arbeitskraft durch organisatorische Zersplitterung müßten vermieden werden.

Der geschichtliche Werdegang der deutschen Arbeiterversicherung, bei dem die drei genannten Gruppen von Versicherungsträgern zeitlich nacheinander ins Leben traten, habe in der Reichsversicherungsordnung noch stark fortgewirkt. Hier könne der Gesetzgeber der Zukunft, ohne die Grundlagen der bisherigen Organisation verschieben zu müssen, vieles ausgleichen. Bis dahin lasse sich auch im Verwaltungswege manches verbessern. Verheißungsvolle Anfänge lägen schon vor, so in den vom Reichsversicherungsamte veranlaßten Vereinbarungen zwischen Berufsgenossenschaften und Krankenkassen wegen Durchführung eines wirksamen Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall, an die Annäherung der Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten bei der Tuberkulosebekämpfung, der Einrichtung der sich erfreulich entwickelnden neuen Beratungsstellen für Geschlechtskranke und bei der Wohnungsfürsorge, an die schwebenden Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten wegen Beschaffung von Zahnersatz und über ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Versicherungsträger, um unter der neutralen Flagge des Roten Kreuzes die Arbeit in weitestem Umfang als Heilmittel für unsere Friedensinvaliden nutzbar zu machen.

Wieviel mehr wäre durch einen noch engeren Zusammenschluß zu erreichen, besonders für Krankheits- und Unfallverhütung, für die Ueberwachung der Kranken und Rentenempfänger, für eine großzügige Arbeitsvermittlung, für die Ausgestaltung des Heilverfahrens durch gemeinsame Kliniken, Genesungsheime usw., durch einheitliche Abkommen mit Krankenhäusern, Apotheken, Bandagisten usw., und durch gemeinsame Verträge mit Aerztekammern, ärztlichen Standesvereinen und Fachärzten.

Geeignete Einrichtungen für ein solches Hand-in-Hand-Arbeiten der drei Versicherungsträger ließen sich unschwer schaffen. Etwa durch gemeinschaftliche Geschäftsstellen, je nach der Lage der örtlichen Verhältnisse, bei einer Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft oder Krankenkasse oder an eine Erweiterung des Aufgabenkreises der vor einigen Jahren gebildeten örtlichen Vereinigungen berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen, die schon mehrfach aus sich heraus mit den örtlichen Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen Beziehungen angeknüpft haben. Auch ein nicht bloß gelegentliches Zusammengehen der Versicherungsträger mit der Aerzteschaft, an dem es heute leider fehlt, wäre wohl bei diesen Geschäftsstellen zu erreichen.

Was Dr. Kaufmann hier anregt, hält sich ja ganz im Rahmen des nach der Reichsversicherungsordnung schon heute Möglichen. Es sollte uns freuen, wenn es erreicht würde. Erreicht würde, namentlich auch unter stärkerer Heranziehung der Arbeiterschaft selbst, die nicht nur Objekt der Fürsorge sein will, wie es namentlich in der Unfallversicherung der Fall ist, sondern selbsttätigen Anteil daran haben will.

Was Dr. Kaufmann hier in Anregung bringt, hätte auch, wenn es eine Aufgabe der zukünftigen Gesetzgebung berührt, von ihm auch ausgedehnt werden müssen auf die Träger der Angestelltenversicherung. Hoffentlich verschließt sich der Präsident des Reichsversicherungsamts der Tatsache nicht, daß die Loslösung der Angestelltenversicherung von der Arbeiterversicherung ein schwerer Fehler war und Aufwendungen von Geld und Arbeitskraft durch organisatorische Zersplitterung bedingt, die wir uns in Zukunft nicht mehr gestatten können.

Aus Nah und Fern.

Bismarcks Erben als Feinde der Volksernährung. Der „Vorwärts" übergibt folgenden Ukas der öffentlichen Verachtung:

Bekanntmachung.

Das Bilzesammeln in den Gräflich v. Bismarckschen Forsten ist bei Strafe verboten. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Varzin, den 17. September 1918.

Gräflich v. Bismarcksche Forstverwaltung Varzin.

Dieser Ukas verhindert Hunderte von Kriegerfrauen, sich und ihren Kindern einmal eine billige Mittagsmahlzeit zu verschaffen. Das ist der Beitrag den Bismarcks Erben in der Stunde größter Gefahr zum Durchhalten spenden!

Sein größtes Ereignis. Die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung" hält der Mitwelt das Musterexemplar eines braven Bürgermannes in folgender Notiz vor:

Schneidermeister Ernst Plinke in Gleidingen bei Hannover vollendet demnächst sein 78. Lebensjahr. Er war einst als junger Mensch, beim Hof-Schneidermeister Möller in der Knochenhauerstraße (Ecke Goldener Winkel) in der Lehre und zeichnete sich daselbst durch seinen Fleiß und eine große Geschicklichkeit schnell **derart aus, daß er an der Herstellung des Konfirmationsanzuges für den Kronprinzen Ernst August, dem heutigen Herzog von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg, den tätigsten Anteil hatte.** Bei völliger körperlicher und geistiger Frische erzählt Ernst Plinke noch oft und gern von diesem ersten größten Ereignis seines Berufes und von den alt-hannoverschen Zeiten, mit rührender Liebe und Verehrung an unser angestammtes Königshaus zurückdenkend.

„Geistige Frische" nennt man so etwas bei uns auf Grund der angestammten Geistesverfassung, die in der politischen Selbstentmannung Zweck und Ziel eines ganzen arbeitsreichen Lebens sieht.

Tabak als notwendiger Lebensbedarf. Die Frage, ob Tabak zum notwendigen Lebensbedarf gehört, hat soeben das Sächsische Oberlandesgericht bejaht. Es vertritt die Auffassung, daß Tabak und Tabakersatz zwar für die Allgemeinheit nicht als notwendiger Lebensbedarf gelten kann, andererseits aber zuzugeben ist, daß für weite Kreise der Tabakgenuß, besonders in der gegenwärtigen schweren Zeit, ein dringendes Bedürfnis ist, dessen Befriedigung zum Durchhalten als unbedingt notwendig erachtet werden muß.

Ein Zwischenfall im Stuttgarter Hoftheater. Ein Bauernehepaar von der Schwäbischen Alb kommt zum ersten Male ins Hoftheater der württembergischen Hauptstadt. Es wird „Lohengrin" gegeben. Sie nehmen sich zwei Plätze auf der Galerie. Die Galerie hat Klappsitze, die automatisch hochwippen. Wie die Stelle kommt: „Nun sei bedankt, mein lieber Schwan", steht der Bauer auf, beugt sich breitarmig über die Brüstung der Galerie und sagt, halb zu seinem Weib gewendet: „Katrin, was hett seller Leitnant zu dere Gans g'seit?" — „Sell kann i au nit wisse", antwortete Katrin, „bei dere Saumusik kann mer jo ket Wort verstehe." Diese Unterhaltung veranlaßt die Umstehenden zu Zwischenrufen: „Hinsetzen", „Hochst na, Du Bauer", „Unerhört", „Was mache so Leut im Hoftheater", „Nahocke". Der Bauer setzt sich, fährt ziemlich geräuschvoll an dem mittlerweile hochgeklappten Sitz hinunter auf den Fußboden, klettert ebenso geräuschvoll und umständlich wieder hoch, dreht sich um, haut seinem Hintermann eine laute Ohrfeige herunter und sagt: „Ich will Ihne helfe mit Schduhl wegziehe, so Sächeldse könne Sie mit mir im Hoftheater nit mache."

Betrügereien eines Landratsbenutzen. Das „B. T." berichtet: Durch die Besonnenheit des Besitzers einer Großmühle in Grädit bei Schweidnitz und durch das schnelle Eingreifen der Schweidnitzer Kriminalpolizei konnte, wie uns aus Schweidnitz berichtet wird, in letzter Stunde ein großangelegter Mehlbetrugsplan aufgedeckt werden. Im Laufe der letzten Tage erhielt eine Anzahl Großmühlen und andere landwirtschaftliche Betriebe in der Schweidnitzer Gegend eine dringende Mitteilung des Schweidnitzer Landratsamtes zur Bereitstellung großer Mengen Mehl, die angeblich aus besonderen Gründen zur schleunigen Verteilung an die arbeitende Bevölkerung gebraucht wurden. Die einzelnen, korrekt abgefaßten Schreiben waren auf Vordrucken des Schweidnitzer Landratsamtes ausgefertigt und trugen auch den Amtsstempel sowie das Unterschriftsfaksimile des königlichen Landrats Freiherrn v. Zedlitz. Es war angegeben, daß die angeforderten Getreidemassen von einem amtlichen Beauftragten der Kreisbehörde persönlich in Empfang genommen werden sollten, der auch die Abfuhr regeln würde. Die Dampfmühle in Grädit erhielt auf die Weise eine Aufforderung, mehrere hundert Zentner Mehl für einen bestimmten Zeitpunkt zur Abholung bereitzustellen. Die Mühle fragte in weiser Vorsicht beim Landratsamt in Schweidnitz an und bekam die Antwort, daß dort von einer Mehllieferung nichts bekannt sei, sondern daß es sich um einen Betrug handeln müsse. Der sofort benachrichtigten Schweidnitzer Kriminalpolizei gelang es am selben Tage, den Betrüger in Grädit zu verhaften, als er gerade das Mehl abholen wollte. Der Verhaftete war ein Bureauangestellter des Schweidnitzer Landratsamtes, namens Wittig, der sich die erforderlichen Unterlagen, Vordrucke und Stempel unter Ausnutzung seiner amtlichen Tätigkeit verschafft hatte.

Literarisches.

„Hier Zensur — wer dort?" Unter diesem Titel gibt der bekannte Literarhistoriker Prof. Dr. Houben im Verlag F. A. Brockhaus in Leipzig soeben eine Geschichte der Zensur heraus (Mk. 3,60, geb. Mk. 5,—). Das Büchlein bietet in Form von scharfgeprägten Anekdoten farbenlustige Miniaturbilder und ernsthaft-schwarze Schattenrisse aus der „guten alten Zeit" — reizende Arabesken zu einem vielberufenen Text des Tages oder, wie der Verfasser sagt: „Antworten von gestern auf Fragen von heute". Das Umschlagbild zeichnete Th. Th. Heine.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck